

Volkstribüne.

Social-Politisches Wochenblatt.

Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 867 der Zeitungspreislifte für das Jahr 1889.)

Redaktion und Expedition:
S. O. (26). Oranien-Str. 23.

Inserate werden die 4spaltige Petit-Zeile oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Nachnahme in der Expedition: Oranien-Str. 23.

Ausgabe für Expediteure:
„Merkur“ Zimmer-Str. 54.

Nr. 20.

Sonnabend, den 18. Mai 1889.

III. Jahrgang.

Der Kontraktbruch bei Streiks. — Proletarisierung der Intelligenz. — Das Ende einer Welt von Drumont. X. — Der österreichische Katholikentag. — Zucker und Bauern.

Novelle von Max Kreher. I. — National-ökonomische Irrlehren. III. — Die Lage der russischen Industriearbeiter. IV. — Frankreichs ökonomische Entwicklung seit der Revolution. — Aus dem Reichstage.

Arbeiter und Parteigenossen!

Tretet eifrig für die **weitere Verbreitung** dieses Blattes ein.

In Berlin abonniert man am besten bei den Expediteuren, welche zugleich die Tageszeitungen bringen.

Agitationsnummern für Vereine, Versammlungen u. s. w. nach auswärts und in Berlin jederzeit **gratis** durch unsere Expedition zu beziehen.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

Berliner Arbeiterbibliothek.

Soeben erschien Heft 4:

Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. Von Ossip Bettin-Paris f. 48 Seiten Preis 20 Pfg.

Unentbehrlich zum Verständnis der gerade jetzt wieder in Frankreich hervortretenden Spaltungen.

Zu beziehen durch die bekannten Kolporteurs, sowie durch die Expedition dieses Blattes.

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.
Berlin S. O., Oranienstr. 23.

Streiks und Kontraktbruch.

Die plötzliche, ohne Kündigung erfolgte Arbeitsniederlegung der rheinisch-westfälischen Bergleute hat in den Blättern allerlei mehr oder weniger tief sinnige Betrachtungen über den Kontraktbruch hervorgerufen, den die Bergleute begangen und durch den sie sich „ins Unrecht gesetzt“ hätten.

Es ist schon von anderer Seite darauf hingewiesen worden, daß die Grubenverwaltungen bei Lohnherabsetzungen tatsächlich meistens nicht anders vorgegangen sind wie augenblicklich die Arbeiter: sie haben ebenfalls keine Kündigungsfrist für die alte Lohnvereinbarung, diesen Theil des alten Arbeitsvertrages, eingehalten, sondern haben sofort, zum mindesten in der nächsten Woche, niedrigere Löhne gezahlt und kurzer Hand jeden entlassen, der sich nicht fügte; und wenn die Arbeiter sich damals nicht „in ihr Recht setzten“, so geschah es nur um ihrer ökonomischen Schwäche, um ihrer Hilflosigkeit willen: sie konnten nichts dagegen thun, wenn sie nicht brodlos werden wollten. Der Konflikt war hier im Stillen ganz derselbe: „schönbe“ Hinwegsetzung über die Kündigungsfrist, „schönbe“ Verletzung der Interessen der Gegenseite — nur daß, wenn der Unternehmer den Kontrakt bricht, die Arbeiter sich schweigend ducken und zähneknirschend selbst zu den ungerechtesten Bedingungen Ja! sagen müssen — und daß wenn die Arbeiter einmal — und wie selten geschieht das! — denselben Handstreich wagen, die Unternehmer ein wahres Zetergeschrei erheben und, ihrer ökonomischen Machtstellung bewußt, auch auf die gerechtesten Forderungen ihrer Lohnslaven mit Nein! antworten. Natürlich wirkt dieses Zetergeschrei auf viele von denen, die nun einmal nicht alle werden, und jedenfalls stachelt es alle diejenigen auf, die durch ihre Interessen mit dem Kapital verknüpft oder gar mehr oder weniger dessen bezahlte oder freiwillige Werkzeuge sind — für uns und alle billig Denkenden wiegt aber der Kontraktbruch unter dem Zwange der Noth und mit der Wirkung, tausenden von Menschen Rettung vor dem knochigen

Hunger zu gewähren, tausendmal leichter wie der Kontraktbruch seitens der müßigen Renteneinheimser, die durch einen gelungenen „Coup“ ihre fetten Dividenden noch weiter zu steigern hoffen.

Doch mag man darüber urtheilen wie man will! Jedenfalls zeigt sich in unserer Gegenwart an allen Ecken und Enden, daß es mit der Heiligkeit der Verträge bei den inneren Klassenkämpfen ebenso schlecht bestellt ist, wie bei den internationalen Rivalitäten unserer Staatsmänner und Reiche. Und wenn Fürst Bismarck einmal für seinen Wirkungskreis betont hat, man müsse sich von der „privatrechtlichen“ Auffassung politischer Verhältnisse emanzipiren, so wird man gut thun, diese „freie“ Denkungsart auch etwas mehr für das wirtschaftliche Gebiet sich anzugewöhnen. Dann wird man sich weniger in die Hitze hineinreden und hineinreden lassen, wenn die wirtschaftlichen Kämpfe wirklich einmal zu Folgen führen, gegen die man mit der schärfsten und überzeugendsten privatrechtlichen Logik nichts mehr ausrichten kann; dann wird man vielleicht auch begreifen, daß es — um im modern gewordenen Bürgerscheibensstil zu reden — ein sehr gottverlassenes Thun ist, die privatrechtliche Logik mit Hintenschüssen und -kolben da zur Geltung bringen zu wollen, wo sie überhaupt nichts zu suchen hat. Starke Klasseninteressen setzen sich über alle ihnen entgegenstehenden Privatverträge wie über Zwirnstränge hinweg: die Unternehmer halten sie nicht ein, sowie sie es können — die Arbeiter halten sie nicht, weil sie es sehr oft nicht können, wenn nicht (wie z. B. bei vorheriger vierzehntägiger Kündigung) ihr Streik von Anbeginn an durch rasche Anwendung von „Scabs“ seitens des Kapitals durchbrochen und besiegt werden soll. C'est la guerre. Ob man sich nicht fügt oder ob man es thut, darüber entscheidet auch im inneren Kriege — denn das ist der Klassenkampf — tatsächlich Macht und Ohnmacht viel mehr wie formelles Recht und Unrecht im Sinne des bornirten Bourgeoisjuristen mit seinen „freien Verträgen“, die ja doch nicht „frei“ sind, weil auf Seiten des Arbeiters jede freie Wahl und Entschließung dem Kapital gegenüber fehlt.

Die Aeusserungen des Interessengegensatzes von Kapital und Arbeit können also nur von der höheren Warte einer allgemeinen sozialpolitischen Anschauung aus beurtheilt werden, und da wird es sofort klar, auf welche Seite sich jeder Freund des Kulturfortschrittes zu stellen hat: ob auf die des Kapitals oder die der Arbeit. Jede andere Auffassung ist nur Wasser auf die Mühle des Kapitals, das im Stande ist, auch die niederträchtigsten Verträge den Arbeitern aufzunöthigen und dem es natürlich dann leicht fällt, auf Erfüllung seines Scheines zu bestehen.

Wenn daher die höchste Instanz in Preußen den schlichten Abgesandten der Bergleute den Kontraktbruch in hartem Tone vorhielt und sogar hinzusetzte:

„ich werde alles über den Haufen schießen lassen, was sich den Behörden widersetzt“,

so ist das nur ein neuer Beweis dafür, wie vollständig unsere Regierungen bei dem Aufschwunge des Kapitalismus in Deutschland unter die Botmäßigkeit des Besitzes gerathen sind — denn noch 1863 konnte ein Bismarck dem fröndlichen Bürgerthum die Worte entgegenschleudern:

„An dem Throne unserer Könige hat dasjenige Leiden stets Zustucht und Gehör gefunden, welches entstand in Lagen, wo das geschriebene Gesetz in Widerspruch gerieth mit dem natürlichen Menschenrechte.“

Heute steht der ganze ungeheure Militär- und Beamtenapparat im Lager des „geschriebenen Gesetzes“ und die „natürlichen Menschenrechte“ werden nur noch vertheidigt von den wenigen — Sozialdemokraten, von denen es in der kaiserlichen Ansprache hieß:

„Für mich ist jeder Sozialdemokrat gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind.“

Mögen die Arbeiter aller Orte Deutschlands daraus lernen, von wem allein sie noch etwas zu erwarten haben!

Proletarisierung der „Intelligenz“.

Wie rasend rasch doch unser kapitalistisches Zeitalter alle alten Lebensverhältnisse auflöst, so daß wir fast Mühe haben, unsere Ansichten und Anschauungen der ganz veränderten Wirklichkeit entsprechend zu corrigiren!

Wie lange ist es erst her, da schienen die „Gebildeten“ und wissenschaftlich Geschulten mit den Kapitalisten, mit den Besitzenden und durch ihren Besitz Unabhängigen, in einer Linie zu stehen. Der einmal, durch Geburt, durch Zufall oder durch eiserne Energie zu den wenigen Auserwählten gehörte, denen sich die Schätze der modernen Bildung erschlossen, dem schien das Glück und der Wohlstand für sein ganzes Leben gesichert; er schien ausgeschlossen von der Noth und dem Kampfe ums Dasein, wie sie dem handarbeitenden Proletariat beschieden sind; er gehörte zu den „oberen Zehntausend“, und wenn er von dieser Höhe herabstank oder sie niemals erreichte, so lag die Schuld wohl lediglich an ihm; er war vielleicht, was man im Volksmund ein „verbummeltes Genie“ nennt — ein Mann, der etwas Besseres hätte sein können, der es aber wegen der Schwäche seines Charakters zu nichts brachte.

Leute haben wir zu hunderten und tausenden arme stellenlose Techniker, die vielleicht in gerichtetem Gewande die Landstraßen bevölkern — verhungerte studirte Lehrer, die auf Jahre hinaus keine Aussicht haben, ein Amt zu erhalten — junge Aerzte, denen es niemals gelingt, sich eine ausreichende Kundschaft zu erwerben — Juristen, die dauernd überzählig sind — Schriftsteller, die mit Grauen dem nächsten Tage entgegensehen, weil sie nicht wissen, wovon sie leben sollen — Künstler, die mit dem elendesten Arbeiter um die Wette hungern.

Von „verkommenen“ Menschen wird angeführt der Massenhaftigkeit und Allgemeinheit dieses Elendes kein Vernünftiger mehr sprechen wollen, hier müssen tiefere Ursachen zu Grunde liegen, welche der ganzen ökonomischen Existenz dieser Bevölkerungsschichten eine vollständige Neugestaltung gegeben haben.

Und in der That ist das — wie sich bei näherem Zusehen sofort zeigt — der Fall und in den meisten geistigen Berufen ist die Ursache keine andere als: die Ausbreitung des Kapitalismus, die stetig steigende Vorherrschaft des Großbetriebes, in welchem auch der geistigen Arbeit nur die Rolle eines bezahlten Angestellten, eines Lohndieners zufällt, dessen Einkommen nach den Gesetzen von Angebot und Nachfrage bestimmt wird und der überhaupt kein Einkommen mehr hat, wenn die Nachfrage gering oder das Angebot von Konkurrenten zu groß ist.

Nehmen wir einmal den modernen Techniker! Er hat vielleicht die denkbar beste Erziehung genossen, er hat vielleicht die glänzendsten Erfindungen im Kopfe, welche dem ersten, der sie ausnützt, ungeheure Einnahmen gewährleisten. Aber was kann der arme Teufel mit seinen guten Ideen anfangen! Um sie auszuprobiren, um ihnen gemäß zu produziren, dazu gehören reiche Hilfsmittel, dazu gehören — wie heute schon in allen Großindustrien — Riesenkapitalien, welche die besitzlose Intelligenz sich ebenso wenig verschaffen kann, wie der arme Weber eine Webfabrik oder wie der Eisenarbeiter einen Hochofen. Da muß nun der arme Techniker genau so wie der fleißige Handarbeiter hinübergehen zum Kapitalisten, nur in dessen Dienst kann er wirken und produziren. So entwickelt sich zwischen dem Besitzer der Produktionsmittel und dem geistigen Arbeiter ganz dasselbe Feilschen wie zwischen dem Fabrikanten und dem Handarbeiter, und da dort die Stellung des Besitzers genau so übermächtig ist wie hier, da der Techniker von seinem Wissen ebensowenig zehren kann, wie der Fabrikproletarier von seiner Arbeitskraft — so wird auch der Techniker im allgemeinen um den Ertrag seiner Arbeit betrogen und mehr und mehr nur mit einem kümmerlichen Lebensunterhalt abgefunden.

Wenn das heute noch nicht so deutlich zu Tage tritt, so liegt es einfach daran, daß mancher besonders Glückliche heute noch immer eine Monopolstellung einnimmt, er

hat noch keine Konkurrenz und das Kapital braucht ihn und muß daher „redlich“ mit ihm theilen. Aber von wie vielen von unseren unzähligen Ingenieuren, Technikern, Chemikern, geschulten Werkführern gilt das noch? Und muß sich hier die Konkurrenz nicht mehr und mehr verschlimmern, je mehr die Fachschulen, die technischen Anstalten und Hochschulen sich ausbreiten? Die Fachschulen sind ja — bei aller ihrer kulturellen Bedeutung — für die Kapitalisten weiter nichts als ein Mittel, sich überschüssige und darum billige qualifizierte Arbeitskräfte zu schaffen. Wird die Ueberfüllung dieser Berufswege sich nicht fortwährend vermehren, da der Großbetrieb verhältnismäßig mit immer weniger Aufsichts- und Direktionspersonal auskommt, dem immer zahlreicheren Nachwuchs also keine entsprechende Aufnahmefähigkeit der Privatindustrie gegenübersteht?

Geistige Lohnarbeiter — ebenso abhängig wie der Handarbeiter, ebenso mit Hungerlöhnen abgefunden während der Beschäftigung, ebenso auf das Pflaster geworfen während der schlechten Zeit, immer ohne Aussicht, jemals selbständig, selber Unternehmer werden zu können — das wird mehr und mehr das Schicksal auch der geistigen Arbeit auf diesem Gebiete werden.

Und steht es nicht genau so mit dem Gros der Künstler und Schriftsteller? Gewiß, auch hier verdienen einzelne noch wahrhaft fürstliche Summen, aber die Zahl derselben ist eine äußerst geringe, und man täuscht sich nur darum so leicht darüber, weil die Zeitungen diese Einzelnen nicht genug rühmen können! Aber die Masse der Künstler und Schriftsteller ist nichts als eine große besitzlose Lohnarbeiterchaft, die vom Besitz ausgepreßt wird und die lediglich in erbärmlicher Abhängigkeit thätig sein kann. Der Maler quält sich vielleicht damit, neue Muster für ein großes Geschäftshaus, für Teppich-, Tapeten-, Stickerfabriken zu entwerfen, oder für ein großes illustriertes Millionenjournal auf Bestellung zu frohnden. Der Schriftsteller „arbeitet“ für seine große Verlagsbuchhandlung, auf die er zum Vertrieb angewiesen ist und ohne die er verhungern muß — oder für das Tageblatt, das nichts ist als ein riesiges Geschäftsunternehmen, mit Millionen gegründet und von der Ausnutzung Duzender von Schriftstellern lebend, die jeden Augenblick beiseite geworfen werden, wenn das Geschäftsinteresse es rathlich erscheinen läßt.

Und auch hier wächst die Konkurrenz unter den Abhängigen, je mehr die Bildung sich verallgemeinert und damit die Zahl derer, welche mit der Feder umzugehen wissen — je mehr auch die geistigen Thätigkeiten sich spezialisieren und damit ihre Erlernung erleichtert und beschleunigt wird.

Überall also dasselbe Bild wie beim Handarbeiter, nur daß sich auf der einen Seite erst entwickelt, was auf der anderen Seite schon bis zur vollen Reife gediehen ist.

Früher war die Handarbeit nichts ewig vom Besitze Getrenntes: der Arbeiter wurde später selber einmal kleiner Meister und dieser war Besitzer und Arbeiter zugleich. Die moderne Industrie kennt nur den nichtarbeitenden Besitzer auf der einen Seite und auf der anderen die Besitzlosigkeit, welche die ganze materielle Produktion auf sich ruhen hat.

Und so wird es auch bald mit dem geistigen Schaffen sein: alle geistige Produktion wird bald nur noch von Lohnarbeitern geleistet werden, welche angestellt und entlassen werden vom Kapital, das sich auch mit geistiger Thätigkeit bald ebensowenig abgeben wird, wie heute schon mit Hämmern, Spinnen, Weben und Andern — obwohl es trotzdem reichlich in die Schewern sammelt.

Ist die Entwicklung erst soweit gediehen, dann werden sich freilich auch Hand- und Kopfarbeit ganz als Glieder einer Klasse fühlen und die große soziale Befreiungsbewegung unserer Zeit wird ihren letzten und höchsten Aufschwung nehmen.

„Das Ende einer Welt“ von Drumont.

X.

(Der Ordensschwindel. — Die Korruption der Gerichte.)

Wenn die Lüge in der Gesellschaft zu augenscheinlich und haltlos geworden ist, so entschließen sich die, welche von ihr leben, zu einem menschlichen Opfer.

So ward z. B. Wilson geopfert, der nicht mehr gethan, als alle Politiker: er handelte mit dem Kreuz der Ehrenlegion wie sie alle, aber er machte mehr Geschäfte als sie, denn seine Handelsfirma war günstiger gestellt, und er mogelte mit Ordnung, Ernst und Regelmäßigkeit. Auf Grund seiner 22 000 Dokumente hätte er seine Ankläger vernichten, sie der gleichen Schmutzaffären überführen können, aber er schwieg, entweder aus einer Art berufsmäßigen Pflichtgefühl, wie man es zuweilen bei Kupplern und Gaunern antrifft, oder weil sein Schweigen durch die Zusicherung der Freisprechung und Vertuschung noch größerer Schwindelereien erkauft worden.

Wilson's und Grévy's Schacher war seit Jahren bekannt, ohne daß sich die Presse gerührt hätte. Der Auffand im Namen der beleidigten Tugend ward erst dann wie ein Finanzgeschäft durch ein Komplott Ferry's — bei welchem die Frau eines hohen Marinebeamten als Geschäftsträgerin diente — organisiert, als letzterer die Umstände für reif hielt, ihm das Einheimischen der Präsidatur zu gestatten. Die Radikalen konnten nicht, wie sie gern gewollt, die Opportunisten unter dem Gewicht ihrer Verbrechen erdrücken, denn diese antworteten: „Eure Entrüstung, ihr Herren Radikalen, ist sehr großmüthig

und ehrt euch nur, aber schließlich: jedem das Seine. Wir haben unsere Dekorirten, Ihr habt die eurigen, möge jeder seine Dekorirten behalten.“

Seitdem die Ehrenzeichen Gegenstand eines Schachers geworden, haben sie jeden Werth und Bedeutung verloren. Sie sind ein Ausdruck der in der Gesellschaft herrschenden Lüge, sie sind bedeutungslose und unnütze Blechwaaren, welche von Leuten zur Schau getragen werden können, die längst durch das Urtheil der öffentlichen Meinung gebrandmarkt sind. Leute dagegen, welche sich thätlich großes Verdienst erworben, welche sich für ihr Land geopfert haben, werden nicht mit Orden geehrt, weil sie nicht für dieselben zahlen können. Während sich z. B. ein Wachs-fabrikant, der zwei Mal bestraft war — das eine Mal wegen betrügerischer Nachfabrikation, das andere Mal wegen Uebertretung des Gesetzes über Kinderarbeit — sich mit dem durch Lodroy ermöglichten Orden der Ehrenlegion brüstete, während die Cornelius Herz und Erlanger, der durch ein Verdict freigesprochen ward, das einer Verurteilung gleichkam, während Gragnon, der als Polizeipräsident in der Affäre Wilson kompromittierende Briefe unterschlug, während all diese Leute nach wie vor dekorirt sind, konnte der Bauer Chourier, welcher im Kriege Wunder von Tapferkeit vollbrachte und sein Leben täglich in die Schanze geschlagen hatte, nicht die geringste Auszeichnung oder das armseligste Amt erhalten.

In der Justiz, in der Verwaltung sieht man deutlich, was das Ende einer Welt bedeutet, die keine Grundsätze, kein Gewissen hat, welche jede Beziehung mit dem Ideal verloren, das nur noch in Formeln weiter lebt, welche falsche Priester gegen Bezahlung ändern. Die Justiz zeigt uns die menschlichen Opfer, welche täglich geschlachtet werden auf Grund eines Gesetzbuches, das ein Gemisch von Sophistik, Gewalt, List, Verschlagenheit ist, zusammengebraut nach dem römischen Recht, ohne Zusammenhang mit den modernen Verhältnissen. Die Richter, wahre Galgenphysiognomien, nach Drumont, wissen in den meisten Fällen, in denen sie zu entscheiden haben, gewöhnlich gar nicht, um was es sich handelt. Häufig gleich folgen sie dem Vermögen, dem Glück und sind stets bereit, die Launen der Herrschenden in pomphafte Urtheilssprüche zu verwandeln. Heute dienen sie dem, morgen jenem Mächtigen, sie sind Werkzeuge, welche alle Palastrevolutionen überbauern und mit den Möbeln zusammen vererbt werden, denn sie erweisen sich stets als die bequemsten Vertrauten und Mitschuldigen der Tyrannen.

Die Verwaltung knebelt und fälscht die Gesetzestexte, sie dehnt und ändert sie wie weiches Wachs, um sie den Interessen der Besitzenden anzupassen. Den humansten Auffassungen der Neuzeit gegenüber bleibt sie taub und blind, sie hat kein Verständnis, keine Berücksichtigung für die Uebermacht der Verhältnisse über den Einzelnen, für die relative Unverantwortlichkeit, sie zeigt sich unfähig gewisse verbrecherische, aber unter bestimmten Bedingungen natürliche Handlungen zu begreifen. Wie eine Maschine funktionirt, ohne jede Spur wahrer Gerechtigkeit und moderner Gefühle verurtheilt sie täglich Duzende von Opfern, deren Erklärungen sie nicht einmal hört. In vielen Fällen wird der Polizeikommissar oder der einfache Polizist zum höchsten Richter, denn sein Zeugniß gilt den Magistraten als höchste Autorität.

Natürlich ist die Welt der Magistratur so käuflich wie die Welt der Politik. Die Mätresse eines Magistrats ließ einem unter Anklage befindlichen Finanzmann seine Freisprechung gegen Zahlung von 60 000 Franks anbieten. Der Börsianer fand die Summe zu hoch und ward verurtheilt, zog sich jedoch mit Hilfe einflussreicher Freunde aus der Klemme. Als Ständenbod in der Affäre wurde schließlich ein armes Gerichtschreiberlein verdonnert, das vom Kläger etliche kleine Summen geliehen hatte.

Was man von dem Richterstand von heute zu halten, zeigt scharf die Gestalt Leblond's, der Senator, Staatsanwalt und Rath am Kassationshof war. Nachdem er ein ekelhaft ausschweifendes Leben geführt und zahlreiche illegitime Kinder in Ehebruch und Blutschande gezeugt hatte, wollte er zu Gunsten derselben testiren. Die Ausschweifungen hatten ihn jedoch derart zerrüttet, daß ihn der Notar, vor den er sich zu diesem Zwecke begab, als unzurechnungsfähig zurückwies. Am Tage vorher hatte der Mann nichtsdestoweniger eine Sitzung des Gerichtshofes präsidirt, in der auf seinen Bericht hin „ein wichtiger Rechtspunkt im Interesse der Gesellschaft und Moral“ geregelt worden war.

Infolge der gesellschaftlichen Zerfetzung sind nach Drumont die Gerichtshöfe zu Höhlen geworden, in denen kein Wort der Wahrheit vernommen wird, in denen sich nur lägenhafte, gefehlich gestempelte Papierfetzen anhäufen. Die Magistratur hat sich zu einem furchtbaren Werkzeug der Korruption, Bedrückung, Demoralisation gestaltet. Das Volk hat instinktiv das Richtige getroffen, wenn es die Ernennung von Richtern und Geschworenen aus der eigenen Mitte durch das allgemeine Wahlrecht fordert. Die Radikalen haben diese Forderung zwar in ihr Programm aufgenommen, allein sie treten nicht ernstlich für ihre Verwirklichung ein, und die Konservativen begreifen nicht einmal, daß sie — wie Drumont meint — diesen Programmpunkt der äußersten Linken unterstützen müßten. Wenn die Konservativen zu den Mißbräuchen der Magistratur schweigen, obgleich sich dieselben oft gegen sie selbst kehren, so lediglich in der Ueberzeugung, daß die zur Knechtseligkeit erzogenen Richter schon morgen dieselben Ungerechtigkeiten gegen die Republikaner begeben werden, sobald nur die Konservativen die Herren sind. Alles was sie der Korruption des Richterstandes gegenüber wünschen, ist, die Macht in den

Händen zu haben, um aus der Korruption Nutzen zu ziehen.

Die treffendste und charakteristischste Illustration für die Verhältnisse in der Welt der Richter und des Gesetzes liefert die Affäre des Bankiers Erlanger.

Die gerichtlichen Dokumente über die Mogeleien des berühmten Jobbers füllen nicht weniger als 100 Foliohände, für den Prozeß lagen in erster Instanz allein schon 425 verschiedene Aktenstücke vor. Alle seine Spekulationen beruhten auf den plattesten, alltäglichsten Verügereien, er gab sich nicht einmal die Mühe, seinen Unernehmungen einen Schein von Wahrscheinlichkeit zu verleihen. Er gründete eine Aktiengesellschaft, um Miner auszubeuten, die noch nie eine Unze Mineral geliefert hatten, ein kleines, von ihm langirtes Winfelblättchen „L'Argent“ (das Geld), von dem nur zwei Nummern erschienen, sollte 500 000 Franks gekostet haben. Im Anfang seiner Schwindelereien hielt es Erlanger nicht einmal für nöthig, den Namen bekannter Persönlichkeiten als Aushängeschild seiner Unernehmungen zu kaufen; er schob als Strohmänner arme Teufel von Angestellten und fiktive Personen vor, die für Millionen Aktien unterzeichneten. In der Folge zahlte er eine der monströsesten Preßkampagnen, zu der sich der läusliche Journalismus je hergegeben, und nachdem alle Aktien abgesetzt und die Millionen der Sumpel eingesädet waren, trachte die Gesellschaft natürlich. Die Aktionäre wurden zwar klagbar, mußten aber mit langer Nase abziehen, denn Erlanger kaufte Richter und Staatsmänner, die einen mit Geld, die andern mit Frauen. Er erhob seine Mogelei zu einer internationalen Angelegenheit, indem er als griechischer Konsul die diplomatische Immunität für sich beanspruchte, er bediente sich des Einflusses eines hochstehenden Diplomaten, der seinen Antheil in den Schwindel-spekulationen hatte, er hatte den Finanzminister Dauphin auf seiner Seite. Die Bestechungsgelder flogen nur so nach allen Seiten, aber Erlanger selbst soll gesagt haben: „Ich kann zehn Millionen opfern und schenke dieselben lieber denen, die mich vertheidigen, als daß ich sie den Aktionären herausgebe.“ Seine Kläger, meist kleine Leute, konnten nicht mit den gleichen Mitteln operieren, schon die Prozeßkosten allein verursachten ihnen schwere Opfer. Die Kläger mußten z. B. schon für die erste Klage 12 000 Franks, für Nachforschungen und Rechnungskontrolle 300 000 Franks bezahlen. Sie mußten sich mit Advokaten zweiten und dritten Ranges begnügen, denn Erlanger hatte die besten Juristen gekauft und band anderen, welche von seiner Gegenpartei gesucht wurden, dadurch die Hände, daß er sie über einen besonderen Punkt seines Prozesses konsultirte und für einen Rath 10 000 Franks zahlte.

Unter den zahlreichen Schwindelereien, welche er mit Hilfe der „allgemeinen französischen Kreditbank“ inszenirte, verdient besonders die Affäre der „Aktiengesellschaft für allgemeine Gegenversicherung“ Erwähnung, welche den Kleinbürgerlichen Sumpeln mit einem Schätze 8 750 000 Franks und später noch verschiedene Millionen bis zur Höhe eines Gesamtbetrages von über 22 Millionen aus der Tasche eskamotirte. Die „Aktiengesellschaft für allgemeine Gegenversicherung“ sollte angeblich ein Kapital von 35 Millionen besitzen, repräsentirt durch 70 000 Aktien à 500 Franks, von denen 125 Franks als erste Rate beim Ankauf gezahlt werden mußten. Strohmänner, ein gewisser Martin an der Spitze, unterzeichneten das zur gesetzlichen Konstituierung der Gesellschaft erforderliche Viertel des Aktienkapitals, das angeblich in der Mobiliarbank deponirt sein sollte, beriefen dann eine Generalversammlung, in welcher 40 Aktionäre anwesend, die Uebrigen durch Prokura vertreten waren, erklärten, daß allen gesetzlichen Formalitäten entsprochen sei und konstituirten sich als Gesellschaft. Zum Verwaltungsrath wurden natürlich die Bankiers Erlanger, Berthier und deren Kreaturen gegen ein jährliches Gehalt von 50 000 Franks gewählt. Etliche Tage nach der Konstituierung zeigte man an, daß vom 14. und 15. Juli an 55 000 Aktien à 625 Franks mit einer Anzahlung von 250 Franks und einer wahrscheinlichen Dividende von 20 Franks zu verkaufen seien. Dank der Reklame der Presse waren bis zum 24. Juli 51 700 Aktien an 6864 Personen abgesetzt, und dies, obgleich die Aktien damals noch nicht einmal gedruckt waren. Bis 1880 hatte die allgemeine französische Kreditbank alle Aktien der neuen Gesellschaft bis auf 62 verkauft. Der Verwaltungsrath legte das Kapital in Schwindelunternehmungen an, in denen es nominell zu Grunde ging, während er es einfach einsteckte. Am Ende des vierten Jahres seit Bestehen der Gesellschaft war das Kapital von 17 500 000 Franks verschwunden, und die Administratoren votirten eine Nachzahlung von 77 Franks 50 Cents pro Aktie, die ihnen über 5 Millionen einbrachte. Um jede Nachforschung über den Verbleib der erschwundenen Summen zu vereiteln, ließ Erlanger vom Handelsgerichte die Gesellschaft für Null und nichtig erklären und die Liquidation zwei ihm ergebenden Kreaturen anvertrauen. Obgleich die Beschlüsse des Handelsgerichts wie später der Prozeß gegen Erlanger nachwiesen, daß „die Aktiengesellschaft für Gründer, Unterzeichner und Verwalter nur ein Werkzeug war, um Spekulations- und Agiotagezwecke zu erreichen, daß die Organisations- und falschen Vollmachten und falschen Personen operirten, daß die Gesellschaft gar nicht das Recht besaß, Aktien auszugeben, weil sie keine gesetzliche Existenz besaß, so wiesen doch die Richter die Klagen der Opfer gegen Erlanger, Berthier u. zurück. Ja mehr noch, so unglaublich es scheint, die unglücklichen geprellten Aktionäre wurden noch dazu verurtheilt, Nachzahlungen bis zu einem Gesamtbetrage von 500 Franks pro Aktie zu leisten, ohne daß Refurs möglich war. Das Urtheil ist ein einzig dastehendes.

Meisterstück der Rechtsverbrechung. Die Aktiengesellschaft ist für null und nichtig erklärt, es ist festgestellt, daß sie als nicht gesetzlich konstituiert keine Aktien ausgeben durfte — und die Aktionäre müssen für ihre falschen Papiere noch nachzahlen. Die Rücksicht, welche die gekaufte oder durch hohe Güter beeinflusste Magistratur auf die finanziellen Raubritter nahm, ging so weit, daß der Staatsanwalt in dem Prozesse der Witte des Finanzministers Dauphin entsprechend, „ja keine Namen zu nennen“, Erlanger stets höflich als „einer von ihnen“ (d. h. der Gründer) bezeichnete. Noch so en passant war der Staatschef von der Gesellschaft um 119 000 Franks Eintragungsgebühren bestohlen worden, und die Summe hätte später bei der Entdeckung als Strafe doppelt gezahlt werden müssen, allein der Präsident des Gerichtshofs erwiderte auf eine diesbezügliche Bemerkung: „Was thut das.“

Während der Gerichtshof die Erlanger und Cie. freisprach, wurde ein Kind wegen Diebstahl eines Kupfers zu 6 Tagen Gefängnis verurteilt; ein armer, halbverhungertes Teufel, welcher einen Kürbis auf dem Felde gestohlen und daselbst gleich gekocht hatte, erhielt 8 Tage Haft, und ein Zeitungsausstreuer, der eine falsche Nachricht ausgerufen und dadurch „das Vertrauen seiner Mitbürger getäuscht hatte“, ward zu 2 Monaten verdonnert.

Bei der erwähnten Affäre, wie bei anderen Erlanger'schen Schwindereien, wie die Anleihe der Konföderierten während des Sezessionskrieges, die Ausstellung von Auteuil, die Proviantlieferungen an die deutsche Armee während des deutsch-französischen Krieges, war die Presse durch Klamecke oder Stillschweigenden Helfershelferin der Indusieritter gewesen. Die allgemeine französische Kreditbank theilte den Journalisten eine gewisse Anzahl von Aktien zu, für welche dieselben nicht zu zahlen hatten, sobald sie sich schriftlich verpflichteten, allen von der genannten Gesellschaft inszenierten Geschäften ihre persönliche Mitwirkung, die Publizität betreffend, zu geben. So kam es, daß z. B. die „Justice“ (radikal) über den Prozeß Erlanger in drei Zeilen berichtete, und der konservative „Gaulois“ zeigte die gleiche Hochachtung und Rücksicht für den Mann. Die Angehörigen und Vertreter der Aristokratie, welche sich den Republikanern gegenüber so streng gebärden, haben dem triumphirenden Diebstahl gegenüber die gleiche Rücksicht wie diese; für die Konservativen ist jede Usurpation geheiligt, sobald nur der Usurpator reich ist.

(Schluß folgt.)

Der österreichische Katholikentag.

Der österreichische „Katholikentag“, der Anfang Mai in Wien zusammenkam, ist unstreitig eine höchst bedeutungsvolle Erscheinung, die nach mehr als einer Seite hin volle Aufmerksamkeit verdient, da wir es mit einer ganz außergewöhnlichen Kraftanstrengung der Klerikalen Partei zu thun haben. Es wird nämlich hier der Versuch gemacht, die Partei auf dem Boden eines neuen Programmes von Grund auf neu zu organisieren. Das Programm umfaßt alle Fragen der sozialen und der geistigen Entwicklung, von eigentlich politischen Fragen im engeren Sinne nur die Monarchie, wie selbstverständlich, und die weltliche Herrschaft des Papstes.

Der Katholikentag ist ein Symptom dafür, mit welcher Energie und mit welchen Nachmitteln die Kirche den Versuch macht, nochmals die Herrschaft voll zu erlangen, welche zum Theil ihren Händen entglitten. Alle Interessengruppen, welche der heute herrschenden Klasse, dem Bürgerthum, feindlich gegenüberstehen, weiß sie unter ihrem Banner zu vereinigen — außer einer, der Arbeiterklasse. Diese steht ungerührt und unbewegt von ihren Lodungen, wissend daß nach vorwärts in der Freiheit ihr Ziel liegen muß, nicht nach rückwärts, in der Bindung.

Aber auch die drohende Haltung der Arbeiterklasse weiß die klerikale Partei trefflich zu verwerthen, ja sie bildet einen Hauptfaktor in ihrer ganzen Rechnung. Wen nicht Interesse und kirchliche Erziehung in ihre Arme treibt, den soll ihr die Furcht vor der drohenden Revolution dienbar machen. Der Ruf „Gannibal ist vor den Thoren!“ bildet ihr Hauptargument, und der ganze „Christliche Sozialismus“ besäße nicht die geringste Ueberredungskraft, wenn nicht der „Gannibal“ wirklich da wäre, das rastlos sich organisierende, das unermüdet kämpfende Proletariat.

Zu den wichtigsten Debatten und Beschlüssen des Kongresses gehörten natürlich diejenigen, welche die Schule betrafen, da sich um diesen Punkt der praktische, politische Kampf der klerikalen Partei in Oesterreich heute konzentriert. Selbstverständlich wurde die Auslieferung nicht nur der Volksschule, sondern auch der Mittelschulen und der Universitäten an die Kirche und den Klerikalismus verlangt.

Die bedeutendste Aufgabe des Katholikentages war jedoch unstreitig die Entwicklung des sozialen Programms. Dieser Theil war auch sorgfältig vorbereitet; die meisten der vorgetragenen Referate waren schon vor einem halben Jahre in Vogel's Monatschrift abgedruckt, wie ja überhaupt die ganze österreichische „Christlich-soziale“ Schule einfach ein Vogel'sches Seminar ist und alle Vorzüge und Schwächen ihres Lehrers theilt. Ihr Vorzug ist vor Allem eine mehr oder minder gründliche Kenntniß und Verwerthung der sozialistischen Literatur. Besonders der formell glänzenden Schlussrede Liechtenstein's, welche so scharf zugespielt und abgeschlossen ist, als hätte Vogel'sang selbst sie gemacht, merkt man die Schulung an sozialistischen Schriften deutlich an. Die scharfe Kritik des heutigen Gesellschaftszustandes, sogar die Ahnung einer Kenntniß der historischen Entwicklung der Produktion zeichnen diese

Rede aus. Soweit ist sie eine sehr wirksame sozialistische Agitationsschule, und wenn sie einmal im Wortlaut vorliegt, wollen wir überlegen, ob sie sich nicht zum Abdruck eignet. Man muß Fürst Liechtenstein sein, um derlei unkonfessionell sagen zu dürfen.

Gegenüber diesen Vorzügen steht ein großes Mißverständnis, ohne welches freilich der „Christliche Sozialismus“ nicht möglich wäre. Die Produktionsformen, die Eigenthumsvertheilung und Eigenthumsordnung werden angesehen als die Folgen von gesetzlichen Einrichtungen, von sittlichen und religiösen Anschauungen, von der gesammten sozialen Verfassung, während sie ihre Ursachen sind. Daraus entsieht natürlich der Glaube an die Möglichkeit, durch Aenderung der Anschauungen, durch kleinliche Aenderung von bestehenden Gesetzen die Produktionsweise und ihre Wirkungen ändern zu können. Vogel'sang wie Liechtenstein meinen im Grunde die zumstufmässige Produktion des Mittelalters sei eine Wirkung der christlichen Denkweise des Mittelalters gewesen. Sie verkennen durchaus oder kommen wenigstens nicht zur Klarheit darüber, daß die Sache gerade umgekehrt liegt. Das Durchdringen der kapitalistischen Produktionsweise und der politische Sieg ihrer Träger in der französischen Revolution ist ihnen eine Folge der „Irrlehren der Encyclopädisten“, während in Wirklichkeit die Voltaire, Diderot, d'Alembert und Rousseau nur die Wortführer und Gesetzesfinder der neu entstandenen Klasseninteressen und Klassengegensätze waren.

Zu diesem Mißverständnis gesellt sich aber ein zweiter Umstand, die Unterschätzung und Nichtachtung des selbständigen Denkens und Handelns des Volkes. Für die feudalen Sozialpolitiker ist das Volk für ihre Pläne bloß passives Material, eine Masse, die tief unter ihnen lebt und weht, deren eigene Regung, deren eigenen Willen sie höchstens fürchten, niemals achten.

Es ist charakteristisch, daß während der ganzen Verhandlungen des Katholikentages, der alle möglichen Fragen behandelte, bloß sehr viel von der angeblich beschränkten Freiheit des Papstes und der Kirche, kein Wort aber von der kläglich geknebelten Freiheit des Volkes, seine Meinung und seinen Willen zu äußern, die Rede war. So hat denn die ganze Behandlung der sozialen Frage durch die klerikal-feudalen, ihre ganze Auffassung davon, warum und wie den Arbeitern zu helfen sei, etwas von den Thierschützbestrebungen an sich. Das, worauf dabei am Wenigsten gerechnet wird, ist die Mitwirkung der Geschützten selbst.

Im Einzelnen sind die Forderungen in Bezug auf die Arbeiterschutzgesetzgebung sehr anerkennenswerth und ziemlich weitgehend. Freilich stehen daneben Wünsche betreffs Ausdehnung des Befähigungsnachweises auf die Konfessionäre, Einführung von Meisterprüfungen und derlei Spielereien, die, wenn sie vielleicht nichts schaden, gewiß nichts nützen und den Zweck gewiß nicht erreichen, den man damit im Auge hat: den Untergang des Kleingewerbes aufzuhalten. Ein gefährlicher Punkt ist allerdings da, der aber zum Glück ganz utopisch ist und durch welchen die Hausindustrie konservirt werden soll. Nun halten wir jeden Schritt, der diese verrotteste Form unserer Industrie dem Tode näher bringt, für einen wahren Segen. Gegen die Zustände der Hausindustrie ist in der That die schlechteste Fabrik noch ein wahres Paradies.

Soweit die nächsten positiven Ziele der „Christlichen Sozialreform“ nicht dem sozialdemokratischen Programme entnommen sind, finden wir alte, halbvergeffene kleinbürgerliche Bestrebungen wieder. Da fehlt weder die Rohstoff- und Verkaufshallen-Assoziation des Schulze-Dehlich, noch der „Arbeiter als Hausbesitzer“ der Mühlhauser und anderer Philanthropen. Man sieht, der Methoden, den Belz zu waschen, ohne ihn naß zu machen, giebt es doch nicht allzu viele und die Deutschen wiederholen sich.

In Bezug auf den Bauernstand wird natürlich das Vogel'sche Programm mit Schließung der Grundbesitzer und Schuldentlastung aufgestellt, dazu bäuerliches Erbrecht u. i. w.

Liechtenstein selbst ging weiter und skizzierte eine Art Regelung der Produktion nach dem Bedarfe, wodurch unter Mitwirkung der Schutzzölle die Krisen unmöglich und ein Minimallohn durchführbar werden soll. Recht hübsch, aber wer soll das machen? Welche Kraft soll das durchsetzen? Die paar Fürsten und Bischöfe werden diese theilweise Expropriation des Großkapitals kaum erkämpfen, und wenn's die Arbeiterklasse besorgen soll, so dürfte sie die Arbeit gründlicher verrichten, als der Fürst für gut hält.

Merkwürdigerweise legt sein Programm allen bestehenden Klassen Opfer auf; die Industrie soll ihren Reingewinn beschränken, das Geldkapital soll die Hypotheken erleichtern — nur der Grundbesitz, der leistet gar nichts für die gute Sache. Fürst Liechtenstein begnügt sich damit, die Expropriation der Andern vorzuschlagen. Einverstanden, aber wir denken, auch für den Grundbesitz wird der Tag kommen, wo er seine eigene Opferfähigkeit zu beweisen Gelegenheit hat.

Man sieht, die klerikale Partei benutzt die ihr günstige Situation. Das Kleinbürgerthum hypnotisirt durch die Angst vor dem Untergang, wirft sich dem Antisemitismus, dem Klerikalismus, wenn immer in die Arme. Es weiß, es hat kaum noch etwas zu verlieren. Am wenigsten freilich politische Ueberzeugungen. Aus dem bürgerlichen Interessentum durch den ökonomischen Prozeß herausgeworfen, hat es gleichwohl noch nicht die Klarheit der Auffassung gefunden, daß es auf das Proletariat, wie es

in ihm wirtschaftlich aufgehen muß, auch politisch angewiesen ist.

Daß die Klerikalen den Muth gefunden haben, ihr ganzes Programm offen zu entrollen, ist bezeichnend, weniger für ihre Stärke als für die Schwäche der bürgerlichen Parteien. Hätten es der hohe Adel und die Geistlichkeit nur mit den Liberalen zu thun, so wäre Alles für sie gewonnen. Aber das Proletariat ist heute eine entscheidende Macht geworden und wird den Muth haben, sie zu gebrauchen.

Dr. Viktor Adler, Wien.

Junker und Bauer.

Wie es in Preußen vielfach aussieht in Folge des Gegens von Roth- und Damwild, erfährt die „Freif. Ztg.“ aus einer Zuschrift, welche ihr aus dem Kreise Lublin zugeht. In derselben heißt es:

„An dem Rothstand der kleinen Grundbesitzer im Kreise Lublin hat der Wildschaden einen erheblichen Antheil, wenigstens in einem Theil des Kreises.“

Der Prinz Friedrich Wilhelm zu Hohenzollern-Ingelfingen auf Kockentin hält einen Wildstand von 5-600 Hirschen, die wenig gefüttert werden. Die Forsten, welche nicht eingefriedet sind, liegen meist an den Feldern der Bauern und Pächter. Das Wild tritt zu jeder Zeit auf die Felder aus, äst die kaum sprossenden Saaten ab und hinterläßt tiefe Spuren, in denen sich bei nasser Bitterung Wasser sammelt, welches das beschädigte Wurzelgestück der Pflanzen vollends vernichtet, dagegen aber Unkraut und Gesträuch zur Wucherung bringt. Vor der Ernte werden die wenigen Halme von dem in Rubeln von 20-50 Stück austretenden Wilde nochmals abgeäst, und so erhält der arme Landwirth eine nie lohnende Ernte. Im Herbst können die kleinen Feldbesitzer ihre Winter-saaten nie rechtzeitig einbringen, denn sobald eine solche Saat ergrünt, wird sie vom Wilde gleich abgeäst und zertreten, so daß keine Hand breit ohne Wildspur vorhanden ist.

Um sich gegen solche Schädigungen zu schützen, säen die armen Bauern erst im Monat November — was aber von solchen späten Saaten zu erwarten ist, weiß jeder Landwirth.

Ebenso großen Verheerungen sind die Kartoffelfelder ausgelest; noch nicht völlig entwickelt, wird das Kräftig abgeäst, und dann vielfach, da die Kartoffeln von den Hirschen ausgeklagt werden, verbleibt den armen Leuten kaum die Hälfte der Ernte. Weinend und händierend sammelt manche arme Wittve die ihr auf den Auszugsbeeten von den Hirschen übrig gelassenen Kartoffeln ein, in dem dungen Gefühl, daß ihr dadurch der erhoffte Winterbedarf nicht ausreichen wird.

Und bei diesen wenigen und beschädigten Ernten müssen die Feldbesitzer während der Nächte ihre Felder den ganzen Sommer hindurch bewachen, da ihnen sonst das Wild alles vernichten würde. Hunderte von Scheuchen aller Art und Wachbuben stehen auf den Feldern, sind aber von keinem durchdringenden Auge, weil das Wild an alles dieses, ebenso wie an die Wildwälder gewöhnt ist. Alle Vorstellungen und Witten um Abhilfe seitens der Kleingrundbesitzer und Pächter an den Jagdherrn bleiben ohne Erfolg, weil dieser sich ganz einfach auf den Standpunkt seines Rechtes stellt.

Diese Verhältnisse sind um so empörender, als dem Verluste der Bauern auch nicht der geringste Vortheil für andere Kreise als der jagdsportliebenden Junker gegenübersteht. Was ist denn das ganze Roth- und Damwild überhaupt werth? Nach der amtlichen Statistik hatte der Abschuss desselben in Preußen im Jahre 1885/86 nur einen Gesamtwert von 765 746 Mark. In welchem Mißverhältnis steht der Werth dieses Abschusses zu der Höhe des Schadens, welchen das Wild auf den Bauernäckern anrichtet!

Politisches und Sozialpolitisches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigte betreffs des Bergarbeiterausstandes im rheinisch-westfälischen Kohlenrevier eine Interpellation an den Reichskanzler einzubringen; sie mußte aber davon Abstand nehmen, weil die nöthige Zahl Unterschriften (30) nicht zu bekommen waren.

In Basel und Zürich haben von Sozialdemokraten einberufene Versammlungen stattgefunden, welche sich mit dem Verhalten des schweizerischen Bundesrathes im Falle Wohlgenuth-Luz sowie in der Züricher Bomben-affäre beschäftigten. Die Ausweisung von Luz, der doch nur scheinbar auf die Pläne des Wohlgenuth einging, fand die schärfste Verurtheilung als Liebedienerei gegen Deutschland.

Der Wunsch, die berechtigte Kritik abzuwehren, verleitet die Regierung zu Gewaltmaßregeln, führt sie immer tiefer in die Reaktion hinein. Einen Beweis liefert neuerdings auch die schwedische Regierung dafür: mit Schutz-zöllnerischen Gesetzen fing sie an, mit der Unterdrückung der Pressfreiheit und des Versammlungsrechtes fährt sie fort. Zunächst versuchte sie es mit reinen Polizeiverboten für Versammlungen, in denen mißliebige Redner sprechen sollten. Einsprüche der Presse gegen dies willkürliche Vorgehen der Unterbehörden wurden von den Regierungsblättern mit Hohn beantwortet und noch schärfere Maßregeln gegen die Angriffe auf die „bestehende Gesellschaftsordnung“ in Aussicht gestellt. Als nun in den Osterfeiertagen der Sozialistenkongreß, über den wir seiner Zeit berichtet haben, in Stockholm getagt hatte, glaubte die Regierung einen passenden Vorwand gefunden zu haben, die längst geplanten Maßregeln zur Ausführung zu bringen. Am 3. Mai legte sie dem Reichstage einen Gesetzentwurf vor, nach welchem Jeder, der mündlich in einer Gemeinde- oder Volksversammlung oder in einer Schrift, die er verbreitet hat, zum Haß gegen die Gesellschaftsordnung aufwiegelt, auch in Fällen, welche das bisherige Gesetz nicht mit gerichtlicher Verfolgung bedroht, zu Geld- oder Gefängnisstrafen verurtheilt wird. Als Justizminister Derbom die Vorlage begründete, betonte er, daß die sozialistische Agitation, welche von Tag zu Tag stärker werde, das Gesetz notwendig mache. Die bürgerliche

Opposition fürchtet allerdings auch, dadurch getroffen zu werden.

In den ersten drei Monaten dieses Jahres haben in den Vereinigten Staaten nicht weniger als 698 Personen Selbstmord begangen, eine ungeheure Zunahme gegenüber dem Vorjahr. Die steigende Zerrüttung der Gesellschaft, der sich stetig verschlimmernde Kampf ums Dasein spiegelt sich in diesen Zahlen wieder.

Ein braver Genosse, der Buchbinder Wilhelm Hühne in Berlin, ist am Sonntag im Alter von 29 Jahren nach langen Leiden an der Lungenschwindsucht gestorben. Die Beerdigung fand am Montag unter zahlreicher Beteiligung statt und die Berliner Partei wird das Andenken des treuen und ehrlichen Mannes immer in Ehren halten.

An die Gärtner Deutschlands. Werthe Kollegen! Es ist eine Nothwendigkeit für uns, eine straffere Organisation herzustellen, als der deutsche Gärtnerverband sie uns bietet. Zur Berathung derselben wollen wir zu Pfingsten einen Kongress in Hamburg, Berlin oder Braunschweig abhalten und fordern wir Euch hiermit zur Theilnahme auf. Der Delegirte ist in öffentlicher Versammlung zu wählen, die Reisekosten müssen durch besondere Sammlung aufgebracht werden. Es liegt nun an Euch, in der Gärtnerbewegung einen mächtigen Schritt vorwärts zu thun! Nur durch allseitige Theilnahme können wir unser Ziel erreichen! Wir bitten um baldige Nachricht, ob Ihr den Kongress beschicken wollt. Tagesordnung des Kongresses: 1. Die Lage der Gärtnergehilfen. 2. Organisation. 3. Gründung eines Gärtnergehilfenverbandes. 4. Organ der Gehilfen. 5. Mißstände der Gärtnerei. 6. Der Verband. 7. Agitation. Mit Gruß und Handschlag im Namen der Hamburg-Altonaer Kollegen Reinhold Krowas, Ottensen, Marktplatz 7.

sonds (Streifsonds) sind bei folgenden Verbandsmitgliedern zu haben: Jipke, Eisenbahnstr. 37, v. 4 Tr.; Schmidt, Laufgrabenstr. 3; Schreiber, Gneisenaustr. 82, v. 4 Tr.; Krehmer, Kreuzbergstr. 30, Seitenf. 2 Tr. b. Jahnke; Ortland, Steglitzerstr. 79, Querg. 1 Tr.; Paulsch, Courbierstr. 7, Hof part.; Nehr, Wilsnaderstr. 26, Hof r. 4 Tr.; Leonhardt, Antonstr. 34, v. 4 Tr.; Bick, Ruppinerstr. 13, v. 4 Tr.; Knäuper, Greifswalderstr. 29, v. 3 Tr.; Jädel, Blumenstraße 19, Hof part. rechts.

Maurer Berlins! Tretet alle der Freien Vereinigung der Maurer und Fachgenossen Berlins bei. Ohne Organisation kein Erfolg.

Der Steinmehnstreik dauert unverändert fort. Der Zuzug ist unbedingt fernzuhalten. Zuschriften sind zu richten an J. Jeschky, Melanchtonstr. 5, Hof 1 Tr.

Briefkasten.

Alle Geldsendungen, Bestellungen, sowie auf geschäftliche Angelegenheiten bezüglichen Briefe bitten wir stets an die Expedition der „B. V.“ zu adressiren — alles den Inhalt des Blattes Betreffende an die „Redaktion“ — alles Persönliche an Herrn Max Schippel. Durch genaue Einhaltung dieser Adressirung werden viele Verpätungen und Irrthümer vermieden.

Aufruf an die Dachdecker Deutschlands. Kollegen, da bei uns in Berlin ein Generalstreik ausbrechen wird und theilweise schon ausgebrochen ist, so bitten wir, jeden Zuzug nach Berlin fern zu halten. Mit Gruß die Dachdecker Berlins.

Achtung! Zimmerleute Deutschlands! Die Berliner Lokal-Verbande des „Verbandes deutscher Zimmerleute“ proklamirten am 12. Mai cr. einstimmig den Generalstreik zu Montag, den 20. Mai 1889, für Berlin. Es wird gebeten jeden Zuzug fernzuhalten bis weitere Berichte folgen. J. A.: D. Jädel, Blumenstraße 19.

Zimmerleute! Marken und Karten zu unserm Reserve-

Rottbus. Öffentliche Fabrik-Arbeiter-Versammlung

Montag, den 20. Mai, Abends 8 Uhr, im Saale des Herrn L. Wolfa. Tagesordnung: Ueber die heutige Produktionsweise. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet Der Einberufer.

Fachverein der Tischler.

Heute, Sonnabend, den 18. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Jordan's Salon, Neue Grünstraße 28: Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Darwinismus und Sozialismus. Referent: Dr. Bruno Wille. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten, Verschiedenes und Fragekasten. Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen. NB. Diejenigen Mitglieder, welche die Handwerkerschule besuchen und eine Unterstützung hierzu wünschen, mögen sich in der Versammlung beim Kontroleur Schmidt melden. Der Vorstand.

Arbeiter-Bildungs-Verein „Berlin Nord“.

Montag, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Viktoria-Saal, Perlebergerstr. 13, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Tark über „Die moderne Poesie und die Arbeiterbewegung.“ 2. Allgemeines. 3. Fragekasten. Gäste willkommen. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Vergolder und Fachgenossen.

Montag, den 20. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Scheffers Salon, Jüdelstr. 10, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Die Schädlichkeit des denaturirten Spiritus zu gewerblichen Zwecken. Referent: Gustav Wilbrodt. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verschiedenes. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Große Versammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins

für den 6. Berliner Reichstagswahlkreis Dienstag, den 21. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn Lehmann, Schwedterstr. 23. Tagesordnung: Protokollberichtigung. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über „Die Aufgaben und Arbeiten des Reichstages.“ Diskussion. Verschiedenes und Fragekasten. Gäste haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. Der Vorstand. Referat. Billige Referat z. großen und kleinen Anzügen, sowie z. kleinen und großen Hosen. — Handschneider, Plüsch, Sammet, Atlas, Spitzen etc., fertige Knabenanzüge. Karle, Laufgrabenstr. 1.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tischler u. s. w.

(G. S.) in Hamburg. Die Mitglieder obiger Kasse versammeln sich für nachbenannte Verwaltungsstellen am Montag, den 20. d. M., Abends 8 Uhr, in folgenden Lokalen: Berlin A. (äußere Louisestadt): Waldemarstr. 75, bei Schmidt. Berlin B. (innere Louisestadt): Wasserthorstr. 68, bei Krüger. Berlin D. u. E. (Moabit und Wedding): Boyenstr. 12, bei Mayer. Berlin G. (Frankfurter-Viertel): Koppenstr. 35, bei Keller. Auf der Tagesordnung sämtlicher Versammlungen steht: 1. Statutenberathung. 2. Wahl der Delegirten zu der am 30. Juni in Berlin beginnenden General-Versammlung. Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersuchen Die Ortsverwaltungen.

Große öffentliche Tischlerversammlung

Montag, den 20. Mai, Abends 8 Uhr, in Sanssouci, Rottbuserstr. 4a. Tagesordnung: 1. Wesen und Werth der Streiks. Referent: Th. Glöck. 2. Berichterstattung über die auswärtigen Streiks im Tischlergewerbe. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Einberufer.

Cigarren, Tabak und Cigarretten von Otto Kräcker, vorm. Fritz Kunert, 44. Prinzen-Strasse 44.

Die seit 1877 bestehende, weitbekannte Uhrenfabrik von Max Busse 157. Invaliden-Strasse 157, neben der Markthalle, verkauft jetzt sämtliche Uhren zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Für jede Uhr wird reelle Garantie geleistet. Grosse Abschlüsse mit Pforzheimer und Hanauer Fabrikanten ermöglichen derselben Firma den Verkauf von Gold-, Silber-, Granaten- u. Korallenwaaren zu fabelhaft billigen Preisen. Spezialität: Ringe. Reparaturen an Uhren und Goldsachen werden auf das Gewissenhafteste ausgeführt.

Das moderne Elend und die moderne Uebervölkerung. Zur Erkenntniß unserer sozialen Entwicklung. Von Max Schippel. (Internationale Bibliothek Band 7.) 263 Seiten. Preis M. 1.50, elegant gebunden M. 2. „Frankfurter Ztg.“ in einer längeren Besprechung vom 3. Februar: „... Was Schäffle's „Quintessenz des Sozialismus“ auf theoretischem Gebiete, ist ungefähr Schippel's „Modernes Elend“ auf demjenigen der beschreibenden Nationalökonomie, so eigenartig, wie es noch für kein anderes Land auch nur versucht wurde...“ Kautsky, Neue Zeit: „... Gehört zu dem Besten, was die nationalökonomische Literatur der letzten Jahre hervorgebracht hat...“ Emil Kralik, der Führer der österreichischen Buchdrucker, in deren Organ „Vorwärts“: „... Ein sozialökonomisches Werk, mit überreichem Material aus amtlichen Enqueten und privaten Untersuchungen versehen, aber trotz alledem kein trockenes Buch; es spricht aus ihm der stammende Geist einer unausrottbaren Weltanschauung, es ist in ergreifender, begeisteter und begeisterter Sprache geschrieben; ein Werk, wie kein zweites zur Belehrung und zur Agitation geeignet...“ Zu beziehen durch alle Buchhändler und Expeditoren, sowie durch die Expedition des „Volksblatt“, Berlin, Zimmerstr. 44.

Landparthie der Schuhmacher Berlins nach Johannisthal.

Sonntag, den 19. Mai, Vormittags 10 Uhr präc.: Erster Abmarsch. Kollegen, welche Vormittags verhindert sind, können Nachmittags präc. 2 1/2 Uhr am zweiten Abmarsch teilnehmen. Treffpunkt Vor- und Nachmittag: Stralauer Platz. Alle Kollegen sind freundlichst eingeladen. Verein der Sattler und Fachgenossen. Sonnabend, den 18. Mai, Abends 8 1/2 Uhr, in Gratiweil's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79, Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. O. Bohn über „Steinkohlenlager.“ 2. Diskussion. 3. Wahl der Arbeitsvermittler und Besprechung über unentgeltliche Vermittlung. 4. Verschiedenes und Fragekasten. Der Vortrag beginnt präc. 9 Uhr. Daher ersucht um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch Der Vorstand.

Verein zur Regelung der gewerblichen Verhältnisse der Töpfer Berlins.

Sonntag, den 19. Mai, Vormittags 10 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Curt Baake. 2. Diskussion. 3. Innere Vereinsangelegenheiten. Neue Mitglieder werden aufgenommen. Gäste willkommen. Das Erscheinen jedes Mitgliedes ist dringend erwünscht. Der Vorstand.

Allen Freunden und Bekannten zeige hiermit an, daß ich ein Cigarren- und Tabak-Geschäft eröffnet habe.

Fritz Voss, Birkenstr. 59. Ein Volksschullehrer, der 6 Jahre in Stellung war und dieselbe infolge religiöser und politischer Mißbilligkeiten freiwillig aufgegeben hat, sucht passende Beschäftigung. Gef. Angeb. erbeten unter H. S. 1862 an die Expedition d. Bl.

Cigarren u. Tabake reichhaltiges Lager von O. Klein, 15. Nitterstraße 15.

Dieselbst Zählstelle der Gärtler u. Bronceur (G.S. 60.) Wendt's Restaurant Dresdenstraße 116. Inh. W. Gründel. Arbeitsnachweis für Maler, Tischler, Schlosser, Buchbinder und Drechsler. Reichhaltiger Frühstück-, Mittags- und Abendtisch. Speisen à la carte zu jeder Tageszeit, sol. Preise. Vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier. 2 franz. Billards und 2 Regalbahnen stehen zur Verfügung.

Cigarren u. Tabake reichhaltiges Lager, empfiehlt M. Wilschke, Junkerstr. 1, Ecke d. Markgrafenstr.

[Nachdruck verboten.]

Die beiden Kleinen.

Von Max Kreger.

Es liegt in der menschlichen Seele eine versteckte Falte, in der der Same der Zwiertacht verborgen schlummert. Die leiseste Befruchtung genügt, um ihn emporzuschleusen und üppig wuchern zu lassen. Wer da ganz ergründen könnte, aus welchen Kleinigkeiten des Lebens oft der bitterste Haß seinen Ausgang findet, der würde dann wissen, daß der Haß weiter nichts als verletzte Eigenliebe ist, die über die edelsten Regungen in unserer Brust triumphiert.

Ferdinand Leineweber mied seinen Bruder Johannes Leineweber um der bunten Toilette seiner Frau wegen. Das war so gekommen: Die Leinewebers hatten in Gesellschaft ihnen befreundeter Vorstadtfamilien eine Landpartie per Kremser nach dem reizend gelegenen Grünau unternommen. Die Damen waren gerade bei der sechsten Tasse Kaffee angelangt, als es Frau Susanne, der Gattin des Hutmakers Herrn Johannes Leineweber, einfiel, den neben ihr sitzenden Bürgerinnen höchst liebenswürdige Bemerkungen ins Ohr zu tuscheln: Du lieber Himmel, ihre Frau Schwägerin hätte es ja dazu! Wenn man erster Buchhalter der berühmten Firma Müller, Schulze und Compagnie sei und ein festes Einkommen von jährlich fünfzehnhundert Thalern habe, dann könne man sich in dieser Beziehung bei einem einzigen Kinde schon etwas leisten, aber — —. Dieses „Aber“ war insofern vielbedeutend genug, als sich an ihm außerordentlich lebhafteste Betrachtungen knüpften die alle in dem Endsatze wurzelten: „Ich bleibe nun einmal dabei, meine Lieben, wem's nicht sitzt und kleidet, der kann sich über und über mit Sammet und Seide behängen, er wird doch stets „nach nichts“ aussehen.“

O, und diese Hüte der lieben Frau Schwägerin! Madame Susanne verstand sich ganz besonders darauf, nicht nur als Gattin eines viel in Anspruch genommenen Hutfabrikanten, der in der belebten Oranienstraße ein offenes Geschäft betrieb, sondern auch als Putzmacherin von Fach, die sich rühmen durfte, die honorabelsten Damen der südöstlichen Luisenstadt zu ihren Kundinnen zu zählen.

„Nicht wahr, meine Lieben, wenn man schon einmal Hüte für zwanzig Mark trägt, dann sollte man doch auch das bunte Gemüse in der Garnitur nicht dulden. Ja, ja, aber ich bleibe dabei, wo's nicht drin liegt, da kommt der Geschmack nie.“

O, tabelt die Kleidung eines Weibes, sagt, daß sie häßlich sei, und sie wird euch das nie vergeben können. Madame Juliens Ohr wurde unangenehm von diesen Bemerkungen berührt und der Riß zwischen den beiden Schwägerinnen war fertig.

Die beiden Leineweber wohnten in einem Hause in zwei verschiedenen Etagen. Erst fand es der Buchhalter eines Mannes unwürdig, eine Weiberklatzerei ernst zu nehmen und sich in seinem bisherigen friedlichen Verkehr mit Herrn Johannes Leineweber stören zu lassen; schließlich aber bildete er sich selbst ein, seine Frau sei wirklich beleidigt worden und dies erfordere die nötige Sühne.

Wenn man sich jetzt zufälligerweise auf der Treppe begegnete, blickte man zur Seite und ging vorüber, als sei man sich vollständig fremd und habe keine Ahnung, wer eins oder das andere sei. Und diese zur Schau getragenen äußerlichen Anzeichen eines anscheinend tödlichen Hasses, versuchte man beiderseits auf die Dauer durch allerhand kleine schadenfrohe Redereien, durch welche der eine Theil sich den Aergers des anderen versprach, ganz besonders zu würgen. Herr Ferdinand Leineweber gebrauchte plötzlich alle vier Wochen einen neuen Hut. Beim Einkauf desselben paßte er die Gelegenheit ab, bis der behäbige Herr Johannes Leineweber in der geöffneten Ladenthür stand, und wie ein zufriedener Kleinbürger behaglich seine Cigarre rauchend, das bunte Leben auf der endlosen Straße beobachtete. Dann schritt der etwas hagere Herr Ferdinand gravitätisch über den Damm und verschwand im Laden eines Konkurrenten seines Bruders, um nach zehn Minuten, das Haupt bedeckt mit einem neuen Chapeau, in der Rechten den sauber kartonierten alten haltend, wieder zurückzukehren. Das rechte Auge machte dann Anstrengung, nach der ersten Etage, das linke nach einer gewissen Glaschür zu schießen, die soeben klirrend ins Schloß gefallen war, bevor nicht noch ein überaus höhnisches Lachen sein Ohr berührt hätte. Herr Ferdinand wußte nicht umsonst, daß besagter Konkurrent seines Bruders in den Augen des letzteren zu den unangenehmsten Menschen der ganzen Gegend gehörte. Trafen sich die beiden Brüder am Schluß des Quartals zufälligerweise beim Hauswirth im Parterregehoß, um die Wohnungsmiethe zu entrichten, so kehrte der zuletzt gekommene sofort um und verschwand mit den Worten: „Ich komme wieder, Herr Lehmann, ich habe nicht nötig, gewisser Leute wegen zu warten“; und erfuhr der eine, daß in der Wohnung des anderen von seiten des anscheinungsweise aufmerksamsten Wirthes irgend eine Veränderung oder Verbesserung vorgenommen wurde, so hatte Herr Lehmann sich auch sofort des Besuchs des anderen zu erfreuen, der ihm ungefähr folgendes sagte: „Die Tapete meines Wohnzimmers ist wirklich schon überaus schadhast. Sie wissen, ich wollte schon längst ziehen. Ich

habe es nicht nötig, zu sehen, wie man gewissen Leuten immer mehr entgegenkommt, als mir.“

Diese indirekten Plänkereien wurden in gleichem Maße von den beiden Frauen vollführt; suchte jetzt die Frau des Hutmakers ihre ganze Würde darin zu finden, besonders an den Markttagen, gefolgt von ihrem Mädchen, so einfach als nur möglich gekleidet zu erscheinen, so fand die Frau Buchhalter ein besonderes Vergnügen darin, in ihrer schwersten Robe die Marktweiber mit ihren Einkäufen zu beglücken.

Eines Tages las Herr Ferdinand Leineweber in der „Vossischen Zeitung“ folgendes sehr auffallend gedrucktes Inserat: „Ich suche für meine Hutfabrik einen tüchtigen soliden Buchhalter. Gehalt per anno fünfzehnhundert Thaler. Allmonatlich einen neuen Hut, Façon nach Belieben, gratis. Nur ledige Leute, oder wenn verheirathet nur solche, die nicht unter dem Pantoffel stehen, werden berücksichtigt. Gefällige Adressen postlagernd Postamt Oranienstraße.“

Es war im Juni und ganz besonders heiß an diesem Tage. Der erste Buchhalter der Firma Müller, Schulze und Compagnie war vor wenigen Minuten erst schweiß-tiefend aus dem Komptoir angelangt und hatte es sich einstmweilen auf dem Sofa bequem gemacht, während seine liebe Frau, Madame Julie, damit beschäftigt war, das Mittagessen aufzutragen. Herr Ferdinand brauchte das Inserat nicht erst zum zweiten und dritten Male zu lesen, um zu wissen, daß es nur auf ihn gemünzt sei und von seinem lebenswürdigen Bruder unten im Laden ausginge. Der Buchhalter brach zuvörderst in ein schallendes Gelächter aus, so daß Frau Julie vor Schreck den Suppenlöffel klirrend auf den Teller fallen ließ. Aber ihr Mann lachte unabding weiter. Dieser Filzträger da unten, dessen ganze Geschäftsbücher in einer einzigen Schmierklade bestanden, maßte sich an, einen Buchhalter gebrauchen zu können. Was der für eine Ahnung von einem wirklichen Kaufmann hatte!

Daß man sich auch gerade an einem Tage, wo man sein Leibgericht vor Augen hatte, den Appetit verderben mußte! Das kam aber davon, wenn die gegenseitige Uebereinstimmung der Familiengewohnheiten sich bis auf das Lesen ein und derselben Zeitung erstreckte. Madame Julie befand sich wieder in der Küche.

Der Herr Buchhalter wurde dann wüthend. „Julie!“ rief er laut und mit erschüttertem Zorne durch die geöffneten Thüren, „ich habe Dir doch bereits am vergangenen Ersten gesagt, daß das Abonnement der „Vossischen Zeitung“ uns zu theuer wird, und habe Dich gebeten, die Zeitung des Morgens abzubestellen. Du vergißt auch alles.“

„So — meinst Du?“ kam die Angeredete erwidern zurückgerauscht; „ich soll wohl nun dafür können, daß Dein „so liebenswürdiger, ausgezeichnet, aufrichtiger“ Bruder so gering von Dir denkt, daß er sich öffentlich über Dich lustig macht. Man liest doch auch seine Zeitung,“ sagte sie etwas selbstbewußt hinzu, und beschloß dann: „Die drei Hüte, die dort hängen, hättest Du überhaupt auch sparen können. Es wird eine Ewigkeit vergehen, ehe Du sie ganz austrägst.“

Herr Ferdinand schwieg natürlich. Weshalb hatte die „Vossische Zeitung“ auch so viele Verlobungs- und Verehelichungsanzeigen, die jede Frau zum eifrigen Studium des Inseratentheils drängten.

Zwei Tage später hatte Herr Ferdinand sich weiblich gerächt, denn als nun unten, eine Treppe tiefer Herr Johannes Leineweber die Spalten der „Vossischen Zeitung“ überflog, las er folgenden Herzenserguß, der wie der hämische Gruß eines engen Verwandten klang: „Für Hutmaker, die in beschränkten Verhältnissen leben! Alte und dicke Filze werden von einem erfahrenen Buchhalter einer der ersten Firmen (die letzten vier Worte waren gesperrt gedruckt) nach Noten gegerbt. Auf Wunsch auch gratis. Die wärmste vorgezogen. Offerten Postamt Oranienstraße.“ Es war wohl nur ein leidiger Zufall, daß Herr Johannes Leineweber an diesem Tage genau die Zeit abpaßte, wo sein Bruder an seiner Ladenthür vorübergehen mußte; wie ein Schild hielt er das „Berliner Tageblatt“ vor das halbgefenkte Haupt, so daß jedermann den Titel des Journals beim Vorübergehen lesen mußte. Herr Ferdinand Leineweber aber schien seine Pappenheimer zu kennen. „Da, ha, ha,“ machte er ganz laut, „wer gestern noch die „Vossische Zeitung“ gelesen hat, liest sie heut auch noch. Man ist doch nicht aus Dummstöck.“ Dann hatte der Buchhalter die Genußnahme zu hören, wie sein Bruder wüthend die Ladenthür ins Schloß warf. Beim Weiter-schreiten murmelte Herr Ferdinand vergnügt vor sich hin: „Na — die Filzgerberei wird er aber wohl verstanden haben. Ha, ha, ha!“

Wo die Eltern im Hader liegen, da haben die Kinder am meisten zu leiden. Klein Fritzchen und Lottchen wußten davon zu erzählen. Frau Julie bemerkte eines Tages vom Küchensenster aus, wie ihre Schwägerin unten auf dem Hof sich so weit verstieg, ihrem Kleinen das Haar aus der Stirn zu streichen und dem rothigen Buben schließlich einen Kuß zu geben. Die Gattin des Buchhalters war empört. „Lene!“ rief sie ganz laut zu ihrem Mädchen herunter, „komm sofort mit dem Jungen herauf, hörst Du?“ Oben gab es dann eine Fluth von Vorwürfen.

„Wenn Du noch einmal erlaubst, daß diese Person da unten mein Kind küßt, dann bist Du sofort aus dem Dienst entlassen, hast Du verstanden?“ Lene war eine echte Berlinerin, die, wenn sie sich keines Unrechts bewußt war, nicht ohne weiteres Vorwürfe hinnahm. „Totte doch, Madamken, nun soll ich wohl noch davor können, wenn die Herrschaften sich meilenweit aus dem Wege gehen. Ihr Mann hat gestern erst im Hausflur das kleine Lottchen geküßt, und da dachte ich, es würde wohl nichts schaden, wenn Ihre Frau Schwägerin auch mal wieder unser Fritzchen küßt. Das war doch früher so. Die armen Wärmer die — nun sollen die noch vor die Sünden ihrer Eltern aufkommen.“

Die Frau Buchhalter unterbrach sie sofort: „Mein Mann hat das gethan?“ Frau Julie schien das Unerhörte nicht begreifen zu können, als ihre Lene den Kelch noch voller machte: „Gewiß, Madamken, sogar auf den Arm hat er Lottchen genommen und sie „seine kleine liebe Prinzessin“ genannt. Sie wird jetzt auch wirklich zu reizend, die kleine Jöre.“ Frau Julie hätte weinen mögen vor Zorn, wenn sie nur im Augenblick die üblichen Thränen gefunden hätte.

So trug der Baum der Zwiertacht also allgemach die giftigsten Früchte: Die Eltern versuchten die beiden Kleinen sich gegenseitig zu entfremden und die frommen Kindergemüther im zartesten Alter zu trüben. Wenn nun die Dienstmädchen der beiden Leineweber des Nachmittags wie gewöhnlich, jedes das Kindchen seiner Herrschaft auf dem Arme, den nahegelegenen Mariannenplatz aufsuchten, wo inmitten schöner Parkanlagen unter grünenden Bäumen und Sträuchern während Stunden hindurch Hunderte von kleinen Weltbürgern unter Aufsicht ihrer Mütter und Wärterinnen sich gar ergötlich belustigten und mit strahlenden Gesichtern so fröhlich dreinschaute, als sende der blaue Himmelsdom hoch oben nur ihretwegen die Sonnenstrahlen hernieder — dann war es Fritzchen und Lottchen nicht mehr vergönnt, wie sonst, Händchen an Händchen des Weges zu schreiten, drollige Dinge zu plappern, so daß die Leute zuweilen stehen blieben und den beiden Kliputern mit einem Lächeln nachblickten, als wollten sie laut ausrufen: Seht doch nur diese beiden kleinen Rangen, wie reizend sie gekleidet gehen, was für wunderschöne Gesichtchen sie haben, wie aliklug sie thun, als wären sie Braut und Bräutigam, das ist ja köstlich. O, die Eltern sind zu beneiden, die sie besitzen.

O, gewiß, die Leute hatten recht. Wer könnte auch große blaue Kinderaugen sehen, wer könnte das in seiner unklaren Aussprache ebenso komisch wie rührend wirkende Geplapper kleiner, noch halb hilfloser Seelen hören, ginge ihm das Herz dabei nicht auf. Nun war das anders wie sonst. Da saß auf der einen Bank Herr Johannes Leinewebers Küchenfee, und getrennt von ihr auf einer anderen, Herr Ferdinand Leinewebers Lene, jede sorgsam bemüht, die Kinder von einander fern zu halten. Das war nun einmal der Befehl ihrer Herrschaften, und den suchte man zu befolgen. Und während rings herum das laute Jubeln der Kinderschaaren ertönte, endloses Schreien, helles Jubelirren die Luft erfüllte, diese ganze kleine rothige Welt im Genuß der Freiheit schwelgte, suchten über die Köpfe hinweg stumm zwei Augenpaare sich, als wollte eins dem anderen zurufen: Was habe ich Dir gethan, daß ich hier nicht herunter darf, um mit Dir zusammen, wie die anderen Kinder dort drüben, im Sande Kuchen zu backen und ein Schloß zu bauen? Und was diese stummen Blicke nicht noch alles erzählten!

Vier Wochen hindurch hatten die beiden Kleinen ihr unverschuldetes Schicksal zu ertragen, als eines Nachmittags die gute Fee für sie auftauchte, die nun einmal im Leben der Kinder eine große Rolle spielt. Es war wieder auf dem Spielplatz. Die beiden dienenden Geister der beiden Brüder saßen sich in dem breiten, schattenbedeckten Weg gegenüber, jedes krampfhaft bemüht, der beiden Leineweberprohlinge geheime Sehnsucht durch möglichstes Kneifen in die Arme und nicht gerade zarte Aeußerungen zu befriedigen; dabei ergingen sie sich in einer höchst bedeutsamen Küchenphilosophie, die darin gipfelte, ob es für ihre eigene Ruhe nicht schließlich vorteilhafter sei, einmal von den Befehlen der Herrschaft abzugehen und den „unnützen Rangen“ den Willen zu lassen. „Es ist gar nicht mehr zum Aushalten mit diesem Bengel!“ sagte Herr Ferdinand Leinewebers Lene mit entschieden zorniger Miene; und ihr Gegenüber fiel sogleich ein. „Ist das möglich? Nun seh'n Sie mal, die will zu dem Jungen rüber. Is nich, Lotte! Sei ruhig und schrei' nicht, sonst giebt's einen Klaps.“ Die armen Kleinen fingen nun laut an zu schreien und erzürnten dadurch ihre sorgsam Hütenden noch mehr. Bößlich schrien sie ganz laut durch ihr Weinen hindurch: „Somama, Somama!“ wandten ihre großen Augen nach der Mitte des Weges und machten nun ganz unabdinge Anstalten, vom Schoß der würdigen Diensthöfen zu gelangen. Nun zeigte sich auch den Blicken der beiden Wärterinnen die würdige Frau Henriette Leineweber, Wittwe des weiland äußerst pflichtgetreuen Bankbeamten Leineweber, die Mutter des hageren Buchhalters und des forpulenten Hutmakers. Frau Henriette war am Morgen erst nach zweimonatlicher Abwesenheit von Berlin vom Besuche einer Schwester zurückgekehrt, und ihr erster Gang sollte ihren Söhnen

gelten. O, und was mußte sie nun erleben! Nach einer Minute bereits saß sie auf der Bank zwischen den beiden Diensthöten, in jedem Arme eins der beiden Kinder. Ueber diese gottvergessene Zeit, die nur Haß und Zwietracht sät und unschuldige Wesen darunter leiden läßt! Madame Henriette genierte sich vor den Diensthöten ihrer Kinder nicht; sie würde den beiden großen Jungen, die sich wie die kleinen Kinder benähmen, ganz gehörig die Köpfe zurechtsetzen, daß ihnen Hören und Sehen verginge. Während sie bei den Erzählungen der beiden Küchenjungen ihrer Entrüstung immer erneuerten Ausdruck gab, strich sie den beiden Kleinen sorgsam das Haar aus der Stirn und überschüttete sie mit Liebkosungen aller Art. „Ja, du mein Herzblättchen, mein süßes Zuckerpüppchen, das soll jetzt anders werden; ich werde euch jetzt nicht mehr aus den Augen lassen, ihr werdet jetzt immer zu mir kommen und eure Spielfüße bei mir aufschlagen.“ Die Kleinen lebten auf, es begann ein Geklapper, ein gar drollig anzuschauendes Bewegen, Nummern und Gemisch ergötzlicher Gesprächsweise, das auf den Kinderfreund rührend wirkte. Nun strahlten die Augen wieder in lichter Bläue wie der Himmel dort oben, nun röteten sich die Wangen, zeigten sich die Grübchen im pausbacigen Gesicht von Freyden, und beim herzigen Lachen die kleinen Zähne Lottchens.

(Schluß folgt.)

Nationalökonomische „Irrelehren“.

III.

Die Entstehung der Kapitalien auf Grundlage eigentümlicher gesellschaftlicher Verhältnisse glauben wir durch unsere Ausführungen bewiesen zu haben.

Eine andere Frage bleibt nun zur Lösung zurück. Wie entstanden diese eigenartigen Verhältnisse selbst, welche auf der einen Seite Kapitalisten und auf der anderen Proletariat erzeugten? Mit einem Wort, wir haben uns hier mit der Entwicklungs-geschichte unserer privatkapitalistischen Gesellschaft selbst zu beschäftigen.

Die politischen Ökonomen haben uns nun auf diesem Gebiete dieselben Ammenmärchen vorgetragen wie auf dem vorigen. Sie bemühen sich zu zeigen, wie eine Gesellschafts-klasse durch Fleiß und Sparsamkeit sich emporgearbeitet hat, während die andere durch Faulheit und Niederlichkeit in Jammer und Elend verfunken ist. Karl Marx hatte diese albernen Fabeln in seinem „Kapital“ gründlich abgethan:

„Diese Fabeln zufolge gab es nämlich in einer längst verflochtenen Zeit auf der einen Seite eine fleißige intelligente und vor allem sparsame Elite und auf der anderen faulenzende, ihr Alles und mehr verjüngelnde Lumpen. Die Legende vom theologischen Sündenfall erzählt uns allerdings, wie der Mensch dazu verdammt worden ist, sein Brod im Schwitze seines Angesichts zu essen, die Historie vom ökonomischen Sündenfall aber enthüllt uns, wie es Leute giebt, die das keineswegs nötig haben.“

Einmüde. So kam es, daß die ersteren Reichtum akkumulierten (aufhäuften) und die letzteren schließlich nichts zu verkaufen hatten als ihre eigene Haut. Und von diesem Sündenfall datiert die Armut der großen Masse, die immer noch, aller Arbeit zum Trotz, nichts zu verkaufen hat als sich selbst, und der Reichtum der Wenigen, der fortwährend wächst, obgleich sie längst aufgehört haben, zu arbeiten.

Solche fade Kindereien kant Herr Thiers z. B. noch mit staatsfeierlichem Ernst zur Vertheidigung der proprietas (des Eigentums) den einst so geistreichen Franzosen vor. Aber sobald die Eigentumsfrage ins Spiel kommt, wird es heilige Pflicht, den Standpunkt der Kinderfabel als den allen Altersklassen und Entwicklungsstufen allein gerechten festzuhalten. In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanften politischen Ökonomie herrscht von jeher die Idylle. Recht und Arbeit waren von jeher die einzigen Bereicherungsmittel, natürlich mit jedesmaliger Ausnahme von „diesem Jahre“.

So Marx. — Wir werden sehen, daß er nur zu Recht hat.

Um die Entstehung der kapitalistischen Gesellschaft vollkommen zu begreifen, müssen wir uns die hervorsteckendsten Unterscheidungsmerkmale derselben von der alten Gesellschaft vergegenwärtigen.

Die heutige Wirtschaft beruht auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln (an Grund und Boden, an Maschinen und Werkzeugen). Eine Gesellschafts-klasse hat diese im ausschließlichen Besitz, während die andere von demselben ausgeschlossen ist und nichts weiter besitzt als ihre Arbeitskraft. Sie muß diese daher auf dem Arbeitsmarkt an den Besitzern der Produktionsmittel verdingen, wenn sie arbeiten und ihren Unterhalt gewinnen will.

Ganz andere ökonomische Charakterzüge zeigt die alte Gesellschaft. Auf dem Lande war das Gemeineigentum die Grundlage der Wirtschaft. Ja sie blieb es sogar noch, nachdem sich zahlreiche bäuerliche Einzelwirtschaften ausgebildet hatten. Und in der Stadt war der Handwerkerstand durchgehends im Besitz der Arbeitsmittel. Der Gesellenstand, welcher der Produktionsmittel entbehrt, war nur eine Uebergangsstufe zur Meisterschaft. Arbeiter und Arbeitsmittel waren also in der Stadt sowohl wie auf dem Lande nicht von einander geschieden.

Behält man diese charakteristischen Unterscheidungsmerkmale der alten von der neuen Wirtschaft fest im Auge, so kann man die Frage nach der Entstehung der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sehr leicht beantworten. Ihre Entstehungsgeschichte ist die Geschichte der gewaltmässigen Trennung der Arbeiter von seinen Arbeitsmitteln.

Auf dem Lande muß sich dieser geschichtliche Prozeß, da ja dort das Gemeineigentum bestand, darstellen in der Vernichtung des allen gemeinsamen Arbeitsmittels, des Gemeinlandes, und in der Zerstörung des persönlichen Eigentums der Bauern. Damit war ein besitzloses Proletariat geschaffen. In der Stadt muß er sich als

Expropriationsprozeß der kleinen selbstständigen Handwerker durch die stärkeren, anfänglich mit staatlichen Mitteln ausgerüsteten Großwirtschaften zeigen. Die Handwerker verlieren ihre Selbstständigkeit und verstärken die Reihen des bereits vorhandenen Proletariats. Hier wie dort tritt eine Trennung zwischen Arbeitern und Arbeitsmitteln ein.

Rein logisch kann man also die Nothwendigkeit dieses geschichtlichen Vorgangs ableiten, wenn man sich die charakteristischen Unterschiede der alten und der heutigen Wirtschaftsordnung vorstellt.

Sehen wir uns jetzt einmal die Geschichte dieses Expropriationsprozesses, dieser Vernichtung des Gemein- und Einzeleigentums selbst an.

In Deutschland bestand bis in die Neuzeit hinein auf dem Lande die Markenverfassung. Diese beruhte auf dem gemeinschaftlichen Besitz der Stammesgenossen an Wäldern, Wiesen, Weiden, dem Ackerland, den Wegen und Flüssen. Einen Theil des gemeinschaftlichen Landes schied man später aus und wies ihn in ungefähr gleichen Portionen den Stammesgenossen zu. Innerhalb einer bestimmten Frist wechselten die Genossen mit einander. Ein bestimmtes Eigentumsrecht hatte keiner an seiner Stelle. Erst später vermochte dieselbe mit seinen zeitweiligen Inhabern. Sie wurde Privateigentum. Die große Masse des Grund und Bodens blieb Gemeineigentum. Die Aufsicht über dasselbe hatte ein von der Gemeinde gewählter Beamter. Dieser wußte sich Dank der ihm übertragenen Vollmachten ein Recht nach dem anderen über das Gemeinland anzueignen und entfremdete allmählich dieses ganz seinen eigentlichen Besitzern. Das Gleiche thaten die öffentlichen Beamten, welche sich nach und nach zu wahren Herren des Landes, zu Landesherren, machten. Große Gemeinbewaldungen brachten sie in ihren Besitz. Die späteren Staatswaldungen des Fürsten, sagt Maurer in seinen Werken über die Markenverfassung, haben meist ihren Ursprung in den ehemaligen Markwaldungen. Diese Thatsache sagt gerade genug über derartige „moralische Eroberungen“ des Landesherren.

Diese fortgesetzten Eingriffe in das Gemeineigentum beschworen endlich die Bauernkriege herauf! In ihren 12 Artikeln forderten die Bauern die Wiederherstellung ihrer Rechte am Gemeinlande, welche ihnen gewaltsam entzogen waren.

Jedoch vergebens; sie mußten bald mit ihrem eigenen Blut die 12 Artikel von ihrem revolutionären Manifeste büßen.

Auf diese Weise wurde also das Gemeineigentum zum großen Theil zerstört und alle Versuche, es wiederherzustellen, scheiterten.

Besser wie diesen west- und süddeutschen Bauern, welche schon Jahrhunderte lang für ihre ererbten Rechte mit den Landes- und Feudalherren kämpften, ging es den nord- und ostdeutschen Bauern. Für sie trat eine wesentliche Verschlimmerung ihrer Lage erst mit der Reformation und den Religionskriegen ein. Die Reformation bot nämlich den Landesherren eine willkommene Gelegenheit, weitere „moralische Eroberungen“ zu machen. Sie hatten schon lange einen ungezügelter Appetit auf das reiche Kirchenland und griffen daher beim Zusammenbruch der alten Kirche ein. Diese gewaltsamen Eingriffe der Fürsten aber brachten viele Bauern um ihren Wohlstand, da sie ausgedehnte Nutzungrechte an dem Kirchenlande hatten. Die Reformation mit ihren Säkularisationen exproprierte daher ganze Massen bemittelter Bauern.

Mit dem kirchlichen Eigentum fiel aber zu gleicher Zeit „das religiöse Bollwerk der alterthümlichen Grundeigentumsverhältnisse“, wie Marx treffend sagt. Der Heiligenschein, welcher diese Eigentumsordnung so verklärt hatte, verschwand gewissermaßen mit denselben. Die ganze feudale Wirtschaft stürzte nun bald nach.

In allen protestantischen Ländern blühten die Säkularisationen.

In Sachsen wurden bis zu Ende des 16. Jahrhunderts 300 geistliche Güter eingezogen. In Pommern, Hessen, Braunschweig, Mecklenburg raubten sich Landesherren und Adel um die Kirchengüter. In Mecklenburg wuchs allein das „Domanium“ (die Domäne) um die Hälfte seines Umfangs an. — Der Adel erhielt auch seinen Tribut an der Rente. 3000—4000 Bauernhöfen, welche von der alten Kirche abhängig waren, wurden einfach mit dem abligen Besitz verschmolzen.

Selbst die Hystheologen Luther und Melancthon schredten vor dieser Art religiösen Eifers zurück, die Landesherren reformirten wirklich zu gründlich.

Die erhabenen Beschäzer der Reformation mußten sich daher wenig hoffähige Titulaturen, wie „Tyrrannen, Berächter Gottes, Centauren“ u. s. w. gefallen lassen. Aber das half bei dieser Reformation „an Haupt und Gliedern“ nicht viel.

Diese Reformationswuth schlug nach und nach vollkommen in eine Expropriationswuth bei Landes- und Feudalherren um. Die Geistesbefreiung, welche die Reformation mit sich gebracht hatte, zeigte sich häufig zuerst in einer freieren Auffassung des Eigentums. Man zog nicht mehr so enge philiströse Grenzen zwischen dem Mein und Dem. Sehr genial in großen Stücken konstruirte man im nördlichen und östlichen Deutschland das moderne Privateigentum.

In Schleswig-Holstein vertrieb der Adel die Bauern von ihren Stellen und vereinigte sie mit dem Hofgut. Dieser Vorgang war in diesem Lande so allgemein, daß Professor Hanßen, der genaue Kenner der dortigen Verhältnisse, darauf verzichtet, „spezielle Belege für den allgemeinen Entwicklungsprozeß, durch welchen die adligen Güter entstanden und vergrößert sind“, herbei zu

bringen*). Weiter in Mecklenburg bestanden noch zur Zeit des dreißigjährigen Krieges 12545 Bauernstellen. 1849 waren diese auf 1213 zusammengeschnitten. Ueber 10000 Bauernstellen waren also zum Teufel, nein bewahre, zu den abligen Herrn gegangen. Diese hatten den Bauern ihre irdische Last erleichtert und diese auf ihre eigenen Schultern geladen. In Rügen war der Bauernstand am Ende des 18. Jahrhunderts in einen ganz trostlosen Zustand der Knechtschaft versunken. Dies waren dieselben Bauern, die einst, wie der Historiker Ranow sagt, „sich als frei achteten, und dem gemeinen Adel nichts nachgeben wollten.“ Die brutalsten Eingriffe des Adels in das Eigentum der Bauern hatte diese um Freiheit und Wohlstand gebracht. „In Rügen, so schreibt der alte Patriot Arndt in seinen „Erinnerungen aus dem äußeren Leben“, war noch in meinen Tagen eine Menge Dörfer verschwunden, und die Bewohner der Höfe als arme heimathlose Leute davongetrieben worden, so daß die früher Knechte gehalten hatten, nun selbst auf den großen Höfen als Knechte und Mägde dienen mußten. Ja es gab Edelleute, welche ganze Dörfer ordentlich auf Speculation kauften, Wohnungen und Gärten schleiften, große und prächtige Höfe bauten, und diese dann mit dem Gewinne von 20—30000 Thlr. veräußerten.“ Die Heiligkeit des Eigentums scheint für die Edelsten der Nation erst nach diesen Jahren erfinden worden zu sein. In dem benachbarten Pommern sind seit 1628 12000 Bauernhöfe eingegangen**. In diesem Lande konnte gerade wie in Holstein und Pommern der Gutsherr seine leibeigenen Bauern „im Augenblicke vom Bettelstab bringen und alle Arten von Grausamkeit und Unterdrückung ausüben.“ So Schölzer in „seinen Staatsanzeigen“ im Juni 1783. Die vorhergehenden Daten beweisen, daß der Adel in umfassendem Maße von diesem „Rechte“ Gebrauch machte.

In der Kurmark und Neumark erhielt der Adel durch die Landtagsabschiede von 1534, 1536, 1538, 1572, 1602 das Recht eingeräumt, ihre Bauern auszukauften. Um 1667 mußte ein Edikt erlassen werden, welches die Adligen mit gerichtlicher Untersuchung bedrohte, welche ihre Bauern vertrieben hatten. Doch was half's? Nach der Mitte des 17. Jahrhunderts, so schreiben Letze und Köhne in ihren Werken über die Landeskulturgeschichte Preußens, nach der Mitte des 17. Jahrhunderts behauptete man, „daß Leibeigene aus denen ihnen eingethanen Höfen nach Willkür des Herrn herausgeworfen, auch nach dessen Belieben mit höheren anderen Diensten belastet, desgl. dessen Straf- und Züchtigungsrecht unterworfen werden dürften.“ (Landeskulturgeschichte XVII.)

In Ostpreußen lag auch der Adel seiner edlen Berufsarbeit „dem Bauernlegen“ fleißig ob. Der Bauer hatte kein Besitzrecht, ja sogar auf seine eigene Haut nicht. Herr von Brünned sagt in seinem Aufsatz über die Leibeigenschaft in Ostpreußen, daß dem Herrn die Möglichkeit offen gelassen wurde, „seine Leibeigenen gleichwie Sklaven an andere Herrn zu veräußern, ohne gleichzeitige Ueberlassung von Grund und Boden, weder des ganzen Guts noch auch nur einzelner gehöriger bäuerlicher Grundstücke.“ (Zeitschrift der Savigny-Stiftung.) In der Provinz Schlesien dasselbe Lied!

Fast wirkungslos verhalten die Edikte Friedrich II. gegen das Bauernlegen vom Jahre 1749 und 1764. —

Dies ist das liebliche Idyll von der Entstehung der heutigen Gesellschaft. Hier haben wir große ländliche Wirtschaften, wie sie das Kapital erforderte. Sie produziren nicht wie die ehemaligen kleinen Bauernwirtschaften für den eigenen Bedarf, sondern für den Markt. Und dies ist gerade das Kennzeichen der kapitalistischen Wirtschaft. Dieser ökonomische Expropriationsprozeß hat also alle Erfordernisse der kapitalistischen Gesellschaft geschaffen. Hier große, für den Markt produzierende Unternehmer, dort besitzlose Proletariat. Diese, wenn sie nicht durch die Leibeigenschaft an die Scholle gefesselt wurden, stellten die nöthigen freien Arbeitskräfte für die kapitalistische Industrie.

Andererseits entstanden unter staatlicher Unterstützung große Manufakturbetriebe. Wie treibhausmäßig diese geschützt wurden, namentlich in Sachsen und Preußen, dies bewiesen die Schriften Mirabeaus und gleichzeitiger deutscher Nationalökonomien. Geschenke von 1000—24000 Thaler waren in Preußen keine Seltenheit. Man gab den Industriellen zinsfreie Vorschüsse bis 35000 Thaler. Nach Mittheilungen des Nationalökonomien Krug erhielten allein 58 Wollmagazine 13209 Thaler aus der Staatskassa.

Je mehr diese Manufakturen um sich griffen, je massenhafter die Arbeitsmittel in den Händen der industriellen Kapitalisten sich anhäuften, je mehr schwand dem Arbeiter die Möglichkeit, sich selbstständig zu machen. Der äußere objektive Arbeitsapparat wird eben zu umfangreich, als daß sich die große Masse der Arbeiter mit ihren unvollkommenen Hilfsmitteln denselben dienstbar machen kann. Sie werden daher dauernd in der Klasse der Lohnarbeiter gehalten.

Ferner wird durch die Entwicklung der Großindustrie die untergeordnete Form der Produktion, der Kleinbetrieb, konkurrenzunfähig. Die Leiter desselben, die Kleinmeister, erliegen demnach im industriellen Wettkampfe dem Großbetriebe. Sie werden in Proletariat verwandelt. Der Handwebstuhl des Kleinmeisters lebt als fremdes Arbeitsmittel, natürlich in modifizirter Gestalt, in der Fabrik des Großindustriellen wieder auf. — Hier ist wiederum eine neue Trennung des Arbeiters von seinen Arbeitsmitteln

*) G. Hanßen: Aufhebung der Leibeigenschaft etc. in Schleswig-Holstein 1861.

**) Rau: Archiv der politischen Ökonomie, IV. Band, 1840. Hanßen's Besprechung eines Werkes von Hering über die agrar. Gesetzgebung Preußens.

eingetreten, eine nicht minder schmerzhaftenteignung wie die vorher geschilderte.

Nicht Spieß und Schwert, sondern die so harmlosen Marktpreise haben hier die Genkerarbeit der Expropriation vollzogen. Das Resultat ist aber dasselbe, ob nun die alten brutalen ritterlichen Waffen oder diese gutbürgerlichen angewendet werden. Hier Besitz, dort Besitzlose.

Letztere finden ihre Arbeitsmittel in fremden Händen als Kapital aufgehäuft. Sie müssen daher, da sie nichts zum Arbeiten und zum Leben haben, ihre eigene Arbeitskraft, ihr letztes Besitztum auf den Arbeitsmarkt an den Besitzern der Produktions- und Lebensmittel verkaufen. Und diese Zwangslage bringt sie um den reichen Segen ihrer Arbeit.

Auf einer mehr oder weniger brutalen Expropriation beruht also die kapitalistische Wirtschaftsweise. Dies mögen sich die Herren Jbullenstreiber der bürgerlichen Gesellschaft merken! Die Herren, welche in so schönen Reden über die Heiligkeit des Eigentums übertrieben, mögen einmal gründlich die heilige Geschichte dieser heiligen Institution studieren.

Paul Kampffmeyer.

Druckfehlerberichtigung. In dem 1. Artikel (Nr. 18) muß es Spalte 2, Zeile 9 heißen: 563,5 Millionen Mark (nicht 1563).

Zur Lage der russischen Industriearbeiter.

VI.

c-n. Die Nachtherberge zu Kiew, welche Dr. Tschirbina als Mitglied einer Gesundheitskommission inspizierte, war einfach eine furchtbare Hölle. Der Eingang zu ihr liegt in einem Hof, welcher ein Sumpf von Unrath und Flüssigkeit ist, über welchen man auf einem Brettergang gelangt. Die Nachtherberge selbst befindet sich in einem langen Keller, zu dem eine schlüpfrige Steige führt, und der nur gegen 2 Meter hoch und fast 3 Meter unter dem Bodenniveau gelegen ist. Das Lokal erhält Luft und Tageslicht durch zwei kleine Kellerlöcher, welche sich unmittelbar über dem Trottoir befinden. Die Mauern der Herberge tropfen von Feuchtigkeit, die Luft ist schwer, dumpfig, mit den Ausdünstungen schmutziger menschlicher Körper und unreiner Kleider durchschwängert, zu denen sich noch Tabakrauch und der Qualm der Lampe gesellen. Die Bewohner schlafen auf Holzpriischen, auf Brettern, auf dem Fußboden, im besten Falle dient ihnen ein Lumpenhäufchen als Kopfstütze. Auf den ausgezehnten Gesichtern ist Verzweiflung zu lesen, schwere Arbeit und das äußerste Elend, die Jüge tragen oft den Ausdruck eines zu Tode gehesten Thieres. Die heiseren, schwachen Stimmen der Nachtiganden ließen auf Luftröhrenkatarrh und chronische Lungenerkrankheiten schließen. Trotzdem erklärten Alle, daß ihnen Nichts fehle, und daß ihre Wohnung gut sei. Als ein Mitglied der Kommission bemerkte, es sei unmöglich, daß sie in der ungesunden Herberge verbleiben könnten, antwortete ihnen ein einziger, entrüsteter Schrei: „Wo sollen wir hin, sollen wir vielleicht unter freiem Himmel schlafen?“ und „bessere Nachtherbergen sind nicht zu finden, alle sind gleich schlecht und gleich vollgepfropft.“ Die Einwohnerchaft der Nachtherbergen wird keineswegs allein durch das Lumpenproletariat gestellt, die Industriearbeiter liefern einen ansehnlichen Prozentsatz.

Die Wohnungen, welche den Arbeitern in den Fabriken selbst gegeben werden, sind nicht oder nur wenig besser als die der Nachtherbergen. Die Fabrikwohnungen sind meist große, in Schlaffäle getheilte Kasernen, in denen wie in den Wylen Alles ohne Rücksicht auf Alter und Geschlecht durcheinander schläft. Die Sanitätskommissionen fanden, daß die Fabrikwohnungen ohne Ausnahme durch äußerste Unreinlichkeit und größte Enge im Verhältnis zu der Zahl der in ihnen zusammengepferchten Arbeiter charakterisirt waren. In Klin z. B. boten die Schlaffäle pro Kopf 3, 6, höchstens 9 Kubikmeter Raum, in Wersel kam auf den Arbeiter sogar nur 1,80 Kubikmeter Platz.

In vielen Fabriken sind die Schlaffäle unmittelbar über den Werkstätten gelegen, aus denen durch den dünnen, spaltenreichen Fußboden hindurch aller Staub, Dampf und alle giftigen Ausdünstungen herausdringen. Ihr Möblement ist höchst einfach, es besteht aus zwei Reihen von übereinander angebrachten Holzpriischen, Bettzeug giebt es nicht, es wird durch eine Strohmatten oder Sackleinwand ersetzt, wie die mangelnden Decken und Kopfstützen durch Lumpen und alte Kleider. Der russische Arbeiter empfindet den Mangel weniger, da er stets angekleidet schläft. In den schmutzigen Schlaffälen wimmelt es meist derart von Parasiten, daß der Schlummer sogar nach fünfzehnstündiger schwerer Arbeit unmöglich wird. Auch die Fabrikwohnungen sind ohne Ventilation und werden durch große Defen geheizt, in denen oft die Speisen für die Arbeiterschaft gelocht werden. In Moskau schliefen in einem 6,40 Meter langen und 5,70 Meter breiten Schlaffaal 96 Personen übereinander. Die Fabrik von Chludoff (Smolensk) beherbergt ihre 4000 Arbeiter in einem einzigen dreistöckigen Gebäude. In einem Zimmer von 117 Kubikmeter Raum schliefen Wochentags 17, Sonntags 30—40 Personen. Der Fabrikant läßt sich pro Mann für den Aufenthalt in dem Hundeloch 25 Kopelen zahlen. In einer Fabrik zu Wladimir wohnten 1850 Arbeiter in alten Holzparaden, die in „Zimmerchen“ getheilt waren, in deren einem auf 23 Personen beiderlei Geschlechts 80 Kubikmeter Raum kamen. Die Fabrik von Marozow hat ihre 10 852 Arbeiter in Schlaffälen zusammengepfercht, die für 42 Personen 140 Kubikmeter Raum bieten.

Die großen Ziegeleien bei Petersburg bringen ihre

Arbeiter auf den Oberböden von halbverfallenen Hütten unter. Die Winkel der Böden sind zu „Familienwohnungen“ eingerichtet, die gerade groß genug für zwei liegende Personen sind. Die Räumlichkeiten, welche den Arbeitern als Wohnung dienen, werden nie gekehrt oder gewaschen.

Die Arbeitsinspektoren Crismann und Bogagew fanden „Fabriktschlaffäle“, welche sie einfach als „Hundelöcher“ bezeichneten. Risten, von 1,40 Meter Länge, 1,05 Meter Breite und 1,05 Meter Höhe, waren in den Korridoren nebeneinander aufgestellt und dienten als Schlaffstätten; ihr Eingang war so eng, daß die Arbeiter auf allen Vieren hineinkriechen mußten.

In vielen Fabriken sind überhaupt keine besonderen Schlafräume vorhanden, ohne Unterschied des Alters und Geschlechts strecken sich die Arbeiter auf Bänken, Wehstühlen, unter und über den Maschinen aus.

Die Wohnungen der in der Kleinindustrie beschäftigten Arbeiter sind durchaus nicht besser als die der Fabrikarbeiter. In einer Bäckerei Petersburg's schliefen die 16 Bäckergehilfen in den Winkeln, in Schränken, in Badtrögen, auf dem Backofen zc. In Warschau fand die Sanitätskommission, daß von 432 inspizierten Arbeiterwohnungen 147 geschlossen werden sollten. Ein Wurstfabrikant beherbergte seine Arbeiter in einem Keller, ohne Luft und Licht, der gleichzeitig als Lagerplatz für Fleischabfälle und Knochen diente. In vielen Bäckereien schlafen die Arbeiter in der Backstube. Die Wohnungen der Kohlengräber sind ohne Schornstein, die Anthracite brennt auf einem offenen Heerd, weil die offene Heizung der Administration 8 pCt. billiger zu stehen kommt. In den Goldminen von Jeniseisk sind die Arbeiter in große Kasernen eingeschlossen, deren Fenster vergittert sind, und vor deren verriegelten Thüren Schildwachen stehen. Damit die Goldgräber keine Gelegenheit haben, Erz zu verbergen, dienen ihnen in die Schlaffäle gestellte Eimer als Aborte.

Die meisten Fabrikanten, welche den Arbeitern Wohnung geben, liefern ihnen auch die Beköstigung. Der angeführte Kontrakt hat bereits gezeigt, daß die Nahrung, welche der Proletarier beanspruchen kann, durchaus dürftig und ungeeignet ist, die bei schwerer Arbeit verausgabten Kräfte zu ersetzen. Aber so armselig die Nahrung ist, welche der russische Arbeiter beanspruchen darf, so spart derselbe doch meist noch an seinem Proviant, um die Reste an den Fabrikanten zurückzukaufen. Im günstigsten Falle kann er dadurch seine Einnahme pro Monat um 40 Kopelen steigern. Die Alltagsnahrung der Arbeiter besteht aus drei von Hirse oder Buchgrübe, aus Kohl in Wasser gelocht und durch ein paar Tropfen Del gewürzt. Die Arbeiter nehmen ihre warmen Mahlzeiten zu Mittag und Mitternacht ein, in der Zwischenzeit müssen sie sich mit einem Stück Schwarzbrot begnügen. Die Flößer, welche der Kälte und Feuchtigkeit ausgesetzt, eine ungemein harte Arbeit verrichten, erhalten pro Woche und Mann 28 Pfund Schwarzbrot, 8 Pfd. Hirse, 1 Pfd. Salz, 2 Pfd. Speck und Del. In den großen Fischereien werden die Arbeiter mit Brot, Gerstebrei, der viel Kleie und Spreu enthält, und verdorbenen Fischen abgefüttert, denn, sagte der Direktor: „Kleine Fische fängt man hier nicht, und die großen kann man doch unmöglich den Arbeitern geben.“ Eine Altiengeellschaft, welche die großen Waldungen am Onegasee ausbeutet, ernährte ihre Arbeiter Monate hindurch mit Mehl, das 5 pCt. Mutterkorn enthielt. Im Departement Moskau fanden die Arbeitsinspektoren in einer Fabrik, welche auf ihren Besuch vorbereitet war, 500 Pud in Fäulniß übergegangenes und zur Nahrung für die Arbeiter bestimmtes Pökelfleisch.

Daß die Fabrikanten die Quantität und Qualität der den Arbeitern zukommenden Nahrungsmittel fälschen, ist überall die Regel, denn sie haben nur das eine Bestreben, die Unterhaltskosten für ihre Leute auf das äußerste Minimum herabzudrücken.

Die Arbeiter, welche auf eigene Rechnung essen, sind nicht besser daran als ihre vom Arbeitsherrn beköstigten Kameraden. Da es ihr niedriger Lohn unmöglich macht, Fleisch zu kaufen, so sind sie fast ausschließlich auf Brei und Kohlsuppe angewiesen, die so schlecht ist, daß es sprichwörtlich von ihr heißt: „ein Hund würde das Fell verlieren, wenn man ihm diese Suppe aufschüttete.“ Nur Festtags kommt ein winziges Stück Fleisch in die Suppe, und an Wochentagen gilt schon ein Häring für einen gewissen Luxus. Oft reicht der Verdienst nicht aus, dem Arbeiter den Ankauf von Grütze und Brei zu gestatten, er bleibt dann für seine Ernährung auf Schwarzbrot, Sauerkraut und Kartoffeln beschränkt. Im Gouvernement Kasan besteht die Hauptnahrung der Arbeiter aus dem sogenannten „Hungerbrot“, einem flachen, außen schmutzig grauen, innen braunen Gebäck, das auch neubaden feinhart und voller Spezen und Kleie ist, unter den Zähnen knirscht und nach Allem, nur nicht nach Brot schmeckt.

Der elenden Nahrung des russischen Arbeiters entspricht seine jämmerliche Kleidung. Leibwäsche kennt er nur dem Namen nach, er trägt weder Hemd noch Unterhosen oder Socken, weite Hosen, eine von einem Gürtel mit flatternden Enden zusammen gehaltene Blause, von Bindfäden gehaltene Bastische machen seine gewöhnliche Garderobe aus. Sommer und Winter dient ihm bei der Arbeit die gleiche Kleidung, nur zu weiten Gängen legt er einen Schafspelz an, dessen Haare nach innen gekehrt sind, und der keinen Ueberzug hat. Gewöhnlich unwickelt der russische Arbeiter die Füße mit schmutzigen Lappen, oft stopft er auch Stroh, Heu und Packpapier in die Bast- und Filzschuhe. Ledertiefeln zu tragen ist der höchste Luxus, den sich nur etliche „Stußer“ gestatten.

Frankreich vor der Revolution und in der Gegenwart.

Die Hundertjahrfeier der großen Revolution veranlaßt gerade jetzt viele Rückblicke auf das Frankreich des Jahres 1789, und die Statistiker führen bei dieser Gelegenheit Zahlen an, welche zeigen, welche ungeheuren Fortschritte das Land auf allen Gebieten der Produktion in dem abgelaufenen Jahrhundert gemacht hat.

Vor hundert Jahren war ein Hektar Land in Frankreich 500 Fres. werth, heute ist sein Werth 1700 Fres. Damals waren 4 Millionen Hektaren mit Getreide bestellt, heute 7 Millionen. Man erntete damals gegen 40 Millionen Hektoliter Getreide, heute 107 Millionen. Ein Hektar trug durchschnittlich 8,6 Hektoliter Körner, heute ist der Ertrag 16,54 Hl. Lavoisier schätzte 1790 in seiner Denkschrift über den Reichthum Frankreichs den Reinertrag des Bodens auf 1200 Millionen, von denen er aber noch 600 Millionen Steuern abzog. Heute nimmt man ihn mit 8 Milliarden an.

1789 brachte Frankreich 240 000 Tonnen Rohle hervor und führte noch 10 000 Tonnen aus dem Auslande ein. Heute fördert es 19 909 000 Tonnen im Werthe von 222 749 225 Fres. und verbraucht im Ganzen 29 619 000 Tonnen.

An Eisen wurden 1789 50 000 Tonnen erzeugt, 1886 767 000 Tonnen.

Vor hundert Jahren berechnete man Frankreichs Einfuhr auf 576 589 000 Fres., seine Ausfuhr auf 440 978 000, seinen Gesamtthandel also auf 1017 Millionen; 1886 belief sich die Einfuhr auf 5116, die Ausfuhr auf 4245, der Gesamtthandel auf 9461 Millionen.

Um von Paris nach Marseille zu reisen, brauchte man 1789 dreizehn Tage. Der Platz im Postwagen kostete 157 Livres 12 Sols. Von Paris nach Toulouse dauerte die Fahrt 8 Tage und kostete 135 Livres 4 Sols. Von Paris nach Bordeaux sechs Tage und 124 Livres u. s. w. Heute fährt der Blitzzug von Paris nach Marseille in fünfzehn Stunden.

Welch ein enormer Aufschwung aller technischen Künste! Welch eine Steigerung der Produktionsfähigkeit, hinreichend, allen Menschen ein freies und behagliches Dasein zu gewähren!

Und doch, wie wenige Glückspilze von Besitzenden haben einen Vortheil davon gehabt und wie groß ist noch heute die Abhängigkeit und Entbehrung der Massen!

Und so wird es bleiben, bis auf die politische Befreiung auch die ökonomische folgt!

Aus dem Reichstage.

Nach achtundvierzig Stunden rückfällig in Beschlusunfähigkeit (s. vor. Nummer), sein chronisches Leiden, das ist bezeichnend für diesen Kartell-Reichstag. Mittelfrist brieflicher und telegraphischer Mahnungen hatte der Präsident Ende der Woche nothdürftig ein beschlussfähiges Haus zusammengebracht, aber nicht zwei Tage vermochte er es zusammenzuhalten und nur 138 Abgeordnete konnten am Montag gezählt werden, als es zu einer Abstimmung kam.

Fürwahr — schreibt die „Frankf. Jtg.“ — ein beschämendes Schauspiel, beschämend für die Herren, die so pathetisch von der „nationalen Pflicht“ zu reden wissen, deren kategorischer Imperativ in den Kartellparteien die edelste Verkörperung findet. Ein Gesetz steht zur Berathung, das angeblich die deutsche Nation zur hervorragendsten auf dem Gebiete der Sozialreform machen, das, wie sich der Stöderfamulus Wagner wippenschnönd ausdrückt, die „Ephing des Jahrhunderts lösen“ soll und mehr als die Hälfte der auf diese Krönung des Gebäudes eingeschworenen Parteien hielt es nicht der Mühe werth, nach Berlin zu kommen, um für das große Schauspiel Staffage zu bilden!

Entspricht ein solches Verhalten auch nur den bescheidensten Begriffen von der Würde und dem Ansehen, die ein Parlament der deutschen Nation bewahren soll? Noch kein Reichstag ist dieser Pflicht so uneingedenk gewesen, wie diese Februargeburt von 1887.

Am Montag stand die Wahl des nationalliberalen Herrn Henneberg-Gorha zur Diskussion.

Diese Wahl gehört zu den schlimmsten Beispielen der Beeinflussungen und Vergewaltigungen von oben herab, an denen die Septennatswahlen traurigen Angebens so reich sind.

Gorha war früher durch den Sozialdemokraten Bod vertreten. Als dieser nach der Auflösung des Reichstages seine erste Kandidatenrede gehalten hatte, erließ die Gothaische Regierung einfach eine Verfügung, durch welche alle ferneren Versammlungen des sozialdemokratischen Kandidaten auf Grund des Sozialistengesetzes verboten wurden.

Das Mittel erwies sich als probat; der nationalliberale Gegenkandidat siegte mit etwa 1000 Stimmen Majorität.

Der Reichstag hat in langjähriger Praxis den Grundsatz verfolgt, daß ein Verbot sozialdemokratischer Wählerversammlungen aus dem Grunde, weil Ginderufer oder Redner notorisch Sozialdemokraten seien, hinreichte, die Ungültigkeit der Wahl anzusprechen. Die Freisinnigen haben in Anerkennung des Prinzips vor Jahren selbst einmal für die Ungültigkeit der Wahl Hänel gestimmt. Erst diesem Reichstage ist es vorbehalten geblieben, im Interesse seiner Majorität dieses Prinzip unzulässig zu machen.

In sehr eingehender Weise ist das Verfahren der gothaischen Regierung und der Wahlprüfungskommission Montag von den Abgeordneten Barth, Singer, Träger und dem früheren Vorsitzenden der Wahlprüfungskommission, Freiherrn von Deereham, kritisiert worden. Man darf gespannt sein, ob der beschlussfähige Reichstag so viel Gerechtigkeitsgefühl haben wird, die Wahl für ungültig zu erklären.

Am Dienstag wurde im Reichstag vor etwa 60 bis 80 Mitgliedern eine Reihe von Zollangelegenheiten verhandelt, die sämtlich mit der Ausfüllung des Zolltarifs durch die Steuerbehörden in Verbindung stehen.

Dann wurde der nationalliberale Antrag auf Errichtung eines Reichszolltarifs behufs einheitlicher und schlechter Entscheidung von Tarifangelegenheiten beraten und mit einer knappen Mehrheit angenommen. Da die Regierung sich ihm gegenüber ablehnend verhält, so ist auf einen Erfolg nicht zu rechnen.

Zu einer lebhaften Auseinandersetzung kam es dann bei dem Antrag des Abgeordneten Stöcker auf Beschränkung des Branntweinhandels in den deutschen Kolonien. Herr Stöcker brachte natürlich in seinem lebhaften Vortrag wieder das „praktische Christentum“ hinein, und mußte vom Abgeordneten Vebel die Belehrung annehmen, daß der Ruhamebanismus weit wirksamer als das Christentum die Branntweinpest bekämpft, die leider durch Christen und mit dem Christentum zu gleicher Zeit zu den schwarzen „Menschenbrüdern“ getragen wird. Ein lebhafter Verteidiger des Branntweinhandels nach den überseeischen Gebieten war aus naheliegenden Gründen der Abgeordnete Wermann. Der Antrag wurde schließlich mit großer Majorität angenommen, und wenn die Debatte über ihn keinen anderen Erfolg hatte, so wird sie sicherlich das eine bewirken, vertrauensvolle Gemüther darüber aufzuklären, daß die Kolonialpolitik gerade von ihren Verteidigern im Ernste nicht als ein Werk der Humanität und eine Kulturmission, sondern als ein Geschäft aufgefaßt wird.

Mittwoch preussischer Bußtag.
Der Reichstag berieth am Donnerstag eine Petition um Beschränkung, eventuell auch Beseitigung des Kaffeeterminhandels. Die Kommission hatte beantragt, die Petition dem Reichskanzler zur Erwägung zu überweisen und der Reichstag beschloß demgemäß.
Freitag begann die dritte Lesung des Invaliditäts- und Altersversicherungsgesetzes.

Kleine Mittheilungen.

Arbeitsgesetzgebung in England und in Deutschland.
Mr. Richard Thomas, Buchdrucker von Windsorcourt, Bishopsgate (Stadttheil im Osten Londons), erschien auf eine Vorladung wegen Vergehens gegen den Factory Act (das Fabrikgesetz). — Mr. J. V. Lakeman, Fabrikinspektor, gab an, daß der Angeklagte an einem Sonnabend nach 4 Uhr (Nachmittags) noch einen Knaben beschäftigt hatte, der unter 16 Jahren alt war; Arbeitgeber sollten unbedingt wissen, daß sie Sonnabend nach 4 Uhr unter keinen Umständen Knaben beschäftigen dürfen. Der Angeklagte gab sein Vergehen zu, aber sagte, es wäre ohne sein Wissen und Willen geschehen. — Der Alderman (Richter) erlegte ihm eine Buße von 40 Schilling (etwas über 40 Mark) und die Kosten auf. — Die Herren Roe und Pearce, Schirmfabrikanten, Monkwell-street (London), wurden auf Grund desselben Gesetzes vorgeladen, erstens, weil er keinen Auszug aus dem Fabrikgesetz an seinem Magazin angeheftet, und zweitens, weil er einen Knaben beschäftigt hatte, der jünger als 13 Jahre war. Mr. Roe, welcher erschien, sagte, er wolle sich schuldig bekennen, den Knaben beschäftigt zu haben, aber seine Mutter hätte ihm gesagt, daß er älter als 13 Jahre wäre. Fabrikinspektor Lakeman wurde vereidigt und sagte aus, daß er am 10. April nach dem Waarenlager des Angeklagten ging. Der Auszug aus dem Fabrikgesetz war nicht angeheftet; es fand sich in der That überhaupt keine Anzeige vor. Mr. Roe (zu dem Fabrikinspektor): „Hat man Ihnen nicht gesagt, daß die Anzeige von den Maltern vernichtet worden war?“ — Zeuge: „Ja, allerdings.“ Alderman Fendall Phillips: „Dem Gesetze muß man gehorchen. Dafür, daß Sie einen zu jungen Knaben beschäftigt haben, erlege ich Ihnen Buße von 40 Schilling und 5 Schilling Kosten auf, dafür, daß Sie den Auszug nicht angeheftet hatten, 10 Schilling Buße und 5 Schilling Kosten.“ Leute von dem Schlage des Herrn Roe und Konsorten finden sich in Deutschland genug; aber wieviel solcher Fabrikinspektoren wie Mr. Lakeman oder welcher Richter wie Alderman Phillips?

Königstreuen konservativ. Die „Preussische Lehrerzeitung“ bringt in Nummer 96 folgende Stellen-Ausschreibung:

Die zweite Lehrerstelle zu Dölzig, Einkommen 690 Mark, wird zum 1. Juli cr. vakant. Nur solche Bewerber, die eine Königstreue, konservative Gesinnung haben und musikalisch sind, finden Berücksichtigung. Dölzig N. M., 23. April 1889. Das Patronat.

Die Unverfrorenheit der Konservativen tritt hierdurch wieder einmal recht scharf zu Tage. Es fehlte nur noch die Einbringung eines Antrages beim Landtage, nach welchem Lehrer, welche einer anderen als der konservativen Richtung angehören, ihres Amtes entsetzt würden. Charakteristisch ist es, daß erst auf die politische Färbung und dann nebenbei auf die musikalische Lehrbefähigung Rücksicht genommen ist.

Ein „konservativer“ kaiserlicher Auf. Unter den Betrachtungen und Erinnerungen, einer Serie von Artikeln aus dem Ausland vor 50 Jahren, welche die „Deutsche Petersburger Ztg.“ gegenwärtig veröffentlicht, findet sich folgende Anekdote: „Im Jahre 1855 traf der Verfasser der „Betrachtungen“ in Helsingfors eine Baronin G., Wittve des letzten schwedischen Kommandanten von Sweaburg, der die Festung 1809 den Russischen Truppen übergab. Sie soll in ihrer Jugend schon erwesen sein. Als Kaiser Alexander I. zur Gröfnung des, bis 1863 ersten und letzten, Finnländischen Landtages in Helsingfors war, eröffnete er einen ihm zu Ehren gegebenen Ball mit der schönen Generalin, und galant küßte er ihr die Hand. Diesen Kuß wollte die Dame bis ans Grab mit sich tragen, und von Stunde an wusch sie sich nicht mehr die rechte Hand, sondern trug auf derselben beständig einen Glacé-Handschuh. In Folge dieser Unkenntnis vom Stoffwechsel wurde sie auf ihre alten Tage etwas — „anrüchig.“

Ein Substreich oder ein sehr dummer Streich.

Als wir uns im Anfang voriger Woche plötzlich einem ganz unerwarteten Angriff gerade von einer Seite ausgesetzt sahen, mit der wir stets Frieden zu halten suchten, da kamen wir sofort auf die Vermuthung, daß sich hinter den Coulissen irgend etwas abgespielt habe, das den Konflikt zum mindesten erleichtern, wenn nicht direkt hervorrufen mußte.

Wir gaben erst einigen Zeitungsnotizen die Schuld, in denen unserer in recht kläglich reklamerhafter Weise gedacht war — und vernahnten uns daher öffentlich und sehr ungewöhnlich dagegen, irgend etwas damit zu schaffen zu haben. Unsere Vermuthung erschien uns aber von vornherein sehr unzureichend und es ist uns nunmehr gelungen, folgendem Substreich oder doch sehr dummer Streich auf die Spur zu kommen.

Ein Parteigenosse — dessen Namen wir einstweilen verschweigen — hat einem unserer bewährtesten Abgeordneten und damit mittelbar wohl der gesamten Reichstagsfraktion mit der Miene eines in alles Eingeweihten folgendes Komplot — aufgebunden: wir sollen beabsichtigt haben, ohne Rücksicht auf die parlamentarische Vertretung unserer Partei und über deren Köpfe hinweg von Berlin aus Delegirte nach Paris wählen zu lassen, womöglich unter vollständigem Bruch mit der Fraktion und mit der Parteidisziplin. Ob er sonst — bei der Phantasie und Wahrheitsliebe, die wir danach bei ihm voraussetzen müssen — noch einiges hinzuge — unwahrheit hat, wissen wir nicht, jedenfalls war das Erwähnte hinreichend, wieder einmal alles in Mißtrauen und Erregung zu versetzen, und man weiß ja, wie alsdann der Konflikt bei dem geringsten Anlaß offen zu Tage tritt.

Zur Feststellung des wahren Sachverhaltes zunächst das Folgende. Als am 21. April im „Berliner Volksblatt“ — nicht in der „Volkstribüne“, die hier viel zurückhaltender war — ein Aufruf: Auf nach Paris! (zum Possibilitätenkongreß) erschien, fragte einer der tüchtigsten Berliner Parteigenossen bei uns an, ob wir für eine öffentliche Versammlung über „internationale Fabrikgesetzgebung“ referiren wollten; man könne dann in der Diskussion die Kongreßfrage mit zur Sprache bringen. Man war sofort einig darüber, daß erst der Beschluß der Reichstagsfraktion vorliegen müsse und obwohl — wiederum im „Volksblatt“ — auf das Bestimmteste geäußert war, die Sache werde sich hier „binnen weniger Tage“ entscheiden, so nahm man doch der Sicherheit wegen die Versammlung in etwa vierzehn Tagen in Aussicht, um alles vorher mit der Fraktion in Ordnung zu bringen und zu regeln. Hier ist also in den denkbar lokalster Weise verfahren worden und nachdem wir das dem ange-unwahrheiteten Abgeordneten mitgeteilt haben, war er selbstverständlich nicht sehr erbaud über den „Eingeweichten“.

Doch weiter. Die Entscheidung schob sich länger hinaus, als vorher anzunehmen war. Da der in Aussicht genommene Saal (Sanssouci) aber doch einmal frei war und wir in Berlin stets froh sind, eine große Volksversammlung abhalten zu können — so blieb man bei der Absicht der Einberufung. Es wurde aber in förmlichster Weise verabredet, daß der Vortragende (eben Herr Max Schippel) ausdrücklich in seiner Rede betonen müsse, von der Erörterung des Arbeiterkongresses sei abzusehen, da alles noch in der Schwebe sich befinde, es solle nur auf die deutsche Regierung zur Beschickung des schweizerischen Regierungskongresses ein Druck ausgeübt werden — ferner solle der Vorsitzende den Rednern in der Diskussion keine Abweisung auf das strittige Gebiet gestatten. Der „Eingeweichte“ war bei diesen Verhandlungen persönlich anwesend, nahm aber mit dem ihm eigenen Schlichtheitsgefühl keinen Anlaß, seinen „Irthum“ einzusehen und sich bei dem von ihm ange-unwahrheiteten Abgeordneten zu entschuldigen.

Nun haben wir gar keinen Anlaß, solche traurigen Gesellen mores zu lehren, und wir würden sie ganz einfach laufen lassen, und auch der Zwischenfall an sich würde uns nicht im Geringsten aus dem Gleichmuth bringen — wenn er nicht ein Glied bildete in einer langen Kette von Handlungen und Erzählungen, durch die man — wie es scheint — eine vollständige Entfremdung zwischen uns und anderen Parteikreisen zu schaffen hofft.

Und das Auffallendste dabei ist für uns, daß sich neuerdings Berliner Genossen zu derartigen Dingen hergeben haben.

Wir werden das vielleicht auch in Zukunft nicht hindern können, möchten aber bitten, vorher nochmals das Folgende in Erwägung zu ziehen:

Das Ansehen der Berliner Genossen war lange Zeit draußen in Deutschland tief gesunken und es ist noch nicht lange her, daß ein hervorragender Genosse die Berliner als vollständig von der Spiegelseite darfstreifen und zu jeder wirklichen Leistung unfähig bezeichnete. Wenn das alles anders geworden ist, wenn sich an allen Orten Deutschlands die Sympathie für Berlin wieder mächtiger regt, wenn bei jeder neuauftauchenden politischen Frage eine große Zahl der besten Arbeiter Deutschlands nach Berlin blickt, um hier das erste Signal zur Stellungnahme und Weg und Ziel zur Agitation zu erhalten, so ist das zu einem guten Theil das Werk der „Volkstribüne“, der „Arbeiterbibliothek“ und der von uns — vielleicht über unsere Kräfte — betriebenen rednerischen Agitation in Berlin und draußen in der Provinz. Keiner unserer Leser kann freilich wissen, welche Arbeitslast mitunter auf uns geruht hat, denn wir haben von den zahllosen auswärtigen Versammlungen niemals, und von denen in Berlin fast niemals Notiz genommen. Aber man blicke doch nur einmal auf das letzte halbe Jahr zurück: was ist da alles von uns angeregt und in die Hand genommen worden. Die Agitation für die Liebknecht'sche Wahl ist — in Wort und Schrift — hauptsächlich uns zugefallen; es ist auf unser Eingreifen hin geschehen, daß zum ersten Male die Landtagswahlen in Preußen nicht ohne gründliche Proteste der Arbeiter vorübergingen, und gerade die ungeheure Verbreitung der Landtagsbrochure hat zum ersten Male wieder engere geistige Fühlung zwischen der Provinz und Berlin geschaffen. Kein Schriftsteller in Deutschland hat wohl für unsere Partei soviel über die Altersversicherung geschrieben, kein Redner — immer von den Reichstagsabgeordneten abgesehen — soviel über sie gesprochen, in Berlin und fast noch mehr in der Provinz. Selbst unsere Gegner sehen uns zu, daß wir — im Anfang fast ohne Mitarbeiter und unter dem erbittertesten Widerstande weiter Kreise — das beste Arbeiterblatt geschaffen haben, das seit dem Sozialistengesetz in Deutschland bestand — wir haben der Gewerkschaftsbewegung unermüdlich gebietet, wir haben dazu beigetragen, in die Berliner politische und gewerkschaftliche Bewegung einen frischeren, prinzipielleren Lufzug hineinzubringen; in der „Tribüne“, in der „Arbeiterbibliothek“, in Versammlungen. Auf unsere Anregung hin ist die „Frauenfrage“ mehr in Fluß gekommen und hat sich darüber eine wissenschaftlichere Auffassung verbreitet. Wir glauben durch unsere „Arbeiterbibliothek“ der Broschürenliteratur einen guten Anstoß gegeben zu haben. Kann irgend ein Parteigenosse in Deutschland — die Abgeordneten wiederum außer Vergleich gelassen — von sich sagen, daß er mehr im Dienste der Partei gewirkt habe?

Wir hoffen aber, daß diese Wirksamkeit nicht künstlich untergraben wird. Das zu verhindern, steht bei den Berliner Genossen, denen wir stets ein ehrlicher Freund und ein eifriger Fürsprecher gewesen sind, für die wir sogar oft die Verantwortlichkeit für Dinge übernommen haben, die uns an sich unverantwortlich schienen — das alles nur, um den festen Zusammenhalt nach außen nicht zu lockern. Unsere Wirksamkeit ist nichts ohne die Berliner Genossen — verlangt man uns hier die Mitarbeit und das christliche Zusammengehen, nun, so werden wir eben in Reich und Glied zurücktreten und uns einfach mit der Thätigkeit begnügen, wie sie jeder andere Parteigenosse ausübt. Sollen wir aber ferner in vorderster Reihe kämpfen, dann verlangen wir mindestens, daß man uns Schutz dagegen gewährt, daß der erste Wille uns heimtückisch von hinten eine Kugel jagt oder uns Gruben gräbt, in die wir stürzen sollen.

Ob im vorliegenden Falle aus Unfähigkeit oder Boswilligkeit gefehlt ist, gleichviel, derartige Leute sind unbedingt für die Berliner Genossen unschädlich zu machen. Wir haben Gegner genug und wollen uns wenigstens nicht noch hinterwärts neue Konflikte bereiten lassen. Und die Berliner haben alle Ursache, Personen der geschilderten Art als Eingeweichte sich nicht ausspielen zu lassen.

Gewerkschaftliches, Versammlungen.

Medizinal-Verband Mannheim (etwa dem Berliner Sanitätsverein zu vergleichen). Gegründet 1884. Die Entwicklung des Medizinal-Verbandes war auch in der Berichtsperiode 1888 eine in allen Beziehungen befriedigende; nicht allein, daß derselbe an der Zahl der Mitglieder ganz wesentlich zugenommen, auch seine Finanz-Verhältnisse sind bessere geworden. Am 1. Juli befaß der Verband eine Kopfzahl von 8243, bis 1. Januar sind zugetreten: und zwar im Juli 160, August 119, September 106, Oktober 168, November 134, Dezember 98, zusammen 785; geboren wurden vom 1. Juli 1888 bis 1. Januar 1889 zusammen 179; giebt eine Zunahme von 964 Köpfen; hierzu die Ueberschreibungen mit 24, giebt 988 Gesamtanzugang. In der gleichen Zeitdauer verstorben 87, sonstige sind ausgeschieden 39, zusammen 126. Somit bleibt Bestand 9105.

Fischerer Verein, versäumt es nicht, dem Fachverein beizutreten! Wir sind bestrebt, das Gewerk zu heben durch Wahrung der Interessen der Mitglieder, Rechtschutz in gewerblichen Streitigkeiten, wissenschaftliche Vorträge, eine reichhaltige Bibliothek mit den besten Werken und einer immer mehr zur Geltung kommenden Arbeitsnachweis, außerdem Unterstützung in Noth! Das bietet Euch schon heute der Verein, trotz seiner beschränkten Mitgliederzahl. Viel mehr könnten wir leisten, wenn Ihr Alle dem Verein beitreten wölltet!

Alle sämtliche Maler und Anstreicher Berlins! Die Streikarten werden von jetzt ab jeden Sonntag von 10—12 Uhr Vormittags und Mittwoch von 8—9 Uhr Abends in den Vereinslokalen der Filialen ausgegeben: 1. Bendt, Dresdenerstr. 116, 2. Appel, Lützowstr. 11, 3. Gabel, Andreasstr. 34, 4. Engel, Invalidenstr. 151. Sämtliche Kollegen werden ersucht, die Karten so bald wie möglich abzuholen. Die Lohnkommission.

Königsberg, den 7. ds. Mts. Am Freitag Abend fand hier selbst in der Bürger-Resourse eine Volks-Versammlung von weittragender Bedeutung statt. Einberufen war dieselbe vom liberalen Verein und wollte der Reichstagsabgeordnete für Königsberg, Herr Bürgermeister Hoffmann, einen Vortrag über „die Alters- und Invalidenversicherungs-Gesetzesvorlage“ halten und einzelne Fragen beantworten. In dieser Versammlung waren die Anhänger aller Parteien und ganz besonders die Arbeiter eingeladen. Um 8 Uhr war der Saal bereits bis auf den letzten Platz gefüllt und von ca. 1000 Personen besucht, von denen über 900 dem Arbeiterstande angehörten. Doch wie in allen parteilicheren Versammlungen, so sollte auch in dieser keine Diskussion stattfinden, vielmehr ertheilte der Einberufer Dr. Simon sofort nach der Eröffnung dem Abg. Hoffmann das Wort. Nun meldeten sich mehrere Arbeiter zum Wort zur Geschäftsordnung, um eine Diskussion zu beantragen. Aber rüdweg wurde der Versammlung erklärt, daß Niemand das Wort erhalten würde, auch nicht zur Geschäftsordnung, sondern daß nur nach dem Vortrage Fragen gestellt werden könnten. Das rief einen Sturm der Entrüstung hervor und die ganze Versammlung forderte jetzt die freie Diskussion. Da man aber nicht den Muth hatte mit den Arbeitern zu diskutieren, so fühlte sich der Vorsitzende veranlaßt, die Versammlung zu schließen und Herr Hoffmann mußte seinen ungehaltenen Vortrag mit nach Hause nehmen. Trotzdem um verschiedene unserer Gegner mit der Handlungsweise des Herrn Dr. Simon ebenfalls nicht einverstanden waren, so erhob doch die hiesige Presse, allen voran die freisinnige Königsberger „Hartung'sche Zeitung“ ein wahres Wuthgeschrei über die bösen Sozialdemokraten, welche die Versammlung „gesprengt“ und jede Diskussion unmöglich gemacht hätten, indem sie mit der Parole hingegangen wären, den Abg. Hoffmann nicht sprechen zu lassen — was aber eine eben so große Lüge ist, als wie die, es wäre eine Diskussion von Anfang an zugesichert gewesen. Im Uebrigen hat die Versammlung gezeigt, daß die Kartellbrüder immer mehr an Boden verlieren. — Eine am 6. d. stattgefundene öffentliche Fischerer-Versammlung sprach sich entschieden für eine stramme Organisation behufs Eintreten in eine Lohnbewegung aus. Sämtliche Arbeiter der hiesigen Maschinenfabrik Union (ca. 600) haben heute die Arbeit niedergelegt. Grund: Einführung einer neuen Methode bei der Arbeitsberechnung. — Am 14. d. ist hier ein Streik der Zimmergesellen ausgebrochen. Dieselben verlangen 10 Stunden Arbeitszeit und pro Stunde 37 Pfg. Die Bauunternehmer haben die Forderung bewilligt, die Zunungsmeister jedoch nicht, es streiken ca. 90 Mann. — In der Steinfurth'schen Wagenfabrik haben sämtliche Stellmacher und Fischer die Arbeit niedergelegt. Dieselben verlangen jezt stündliche Arbeitszeit und 30 Pfg. Lohn pro Stunde, es streiken ca. 100 Mann. — In einer am 12. d. stattgefundenen von ca. 400 Personen besuchten Metallarbeiter-Versammlung wurde nach einem sehr beifällig aufgenommenen Vortrage des Herrn Schulze ein Fachverein der Metallarbeiter aller Branchen gegründet. — Am 13. d. fand eine von über 500 Personen besuchte Versammlung des Arbeiter-Wahl-Vereins statt, in welcher der Vorsitzende des Vereins, Cigarrenhändler Karl Schulze, einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag über die Getreidezölle und deren Wirkung hielt.

— Verband deutscher Zimmerleute. Lokalverband Berlin Nord und Umgebend. Montag, d. 20. d. M., Abends 8 Uhr, Versammlung in Köhler's Restaurant, Alte Hochstraße 32a. Vortrag des Herrn Dr. Bruno Wille über: „Maximalarbeitszeit.“
— Fachverein der Buchbinder und verwandten Berufsgenossen. Versammlung am Montag, den 20. d. M., Abends 8 1/2 Uhr im Vereinslokal, Louisenstädtisches Klubhaus, Annenstr. 16, I.
— Verein Berliner Nagelschmiede. Versammlung am Sonntag, den 19. d. M., Vorm. 11 Uhr, bei Heise, Lichtenbergstraße 21. Tagesordnung sehr wichtig.
— Fachverein der Metallarbeiter in Gas-, Wasser- und Dampf-Armaturen. Sonnabend, d. 18. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72. Mitglieder-Versammlung.
— Fischerer-Verein. Sonnabend, den 18. d. M., Abends 9 Uhr, im Konzerthaus Sanssouci, Kottbuserstr. 4a. Außerordentliche Generalversammlung.
— Verein der Nähmaschinen- und Handarbeitsrinnen Berlins. Sonnabend, den 18. d. M., in Scheffer's Salon, Inselstr. 10, Gemüthliches Beisammensein mit Kränzchen. Willets 25 Pf. Dienstag, den 21. d. M., ebenfalls Mitglieder-Versammlung. Männer haben Zutritt.
— Verein des technischen Personals der Deutschen Bahnen. Sonnabend, den 18. d. M., Abends 11 Uhr, Fischerstraße 41 im Lokal.
— Verein zur Wahrung der Interessen der Berliner Anspnarbeiter. Mitglieder-Versammlung am Sonntag, den 19. Mai, Vorm. 10 1/2 Uhr, bei Gnadt, Brunnenstr. 38. Vortrag des Herrn Dr. Wille.
— Kranken- und Begräbniskasse des Vereins sämtlicher Berufsklassen (E. S. 21). Berlin 3. Versammlung am Sonnabend, den 18. d. M., Abends 8 Uhr, Brunnenstraße 38. Delegirtenwahl. Gäste willkommen.
— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale Berlin 5. Sonnabend, den 18. d. M., Abends 9 Uhr, Versammlung bei Adernmann, Lothringenstr. 81.
— Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg). Filiale Berlin 1. Sonnabend, den 18. Mai, Abends 8 Uhr, Lichterfeldestr. 8, Mitglieder-Versammlung. Aufstellung eines Delegirten zu der am 22. Juli stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung.

Briefkasten.

Verschiedene Berichte mußten leider wegen Raum-mangels zurückbleiben.

J. L. Die Rechtsanwaltskosten werden bei Verurtheilung mit vergütet.

Saalfeld. Heft 2 der Arbeiterbibliothek, ferner Band 7 der Internationalen Bibliothek. Es fehlt hier fürchtbar.

L. Vujak. Gera. Betrag für März, April und Broschüren für Klüh erhalten.